



Rheinland-Pfalz ist 60

Vorträge zu den Etappen rheinland-pfälzischer Zeitgeschichte 1947 - 2007



Dokumentation

Rheinland-Pfalz ist 60

**Vorträge zu den Etappen
rheinland-pfälzischer Zeitgeschichte**

1947 - 2007

Impressum:

Herausgeberin:

Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
Am Kronberger Hof 6
55116 Mainz



Verantwortlich:

Dr. Dieter Schiffmann

Redaktion:

Marianne Rohde

Fotos:

Archiv Staatskanzlei Mainz, Rudolf Morsey, Ulrich Sarcinelli,
Michael Kißener

Layout:

Birgit Elm

Druck:

Druckerei und Verlag Gebr. Kügler GmbH
Ingelheim am Rhein

Nachdruck 2009

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der LpB Rheinland-Pfalz dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Vom Land aus der Retorte zu einem Land mit eigenem Profil	7
Die Ära Peter Altmeier 1947-1969	
Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe	
„60 Jahre Rheinland-Pfalz. Rückblenden“	
am 17.11.2006 im Historischen Ratssaal Koblenz	
<i>Prof. Dr. Dr. h.c. Rudolf Morsey</i>	
Neuorientierung, Konsolidierung, Paradigmenwechsel	25
Rheinland-Pfalz unter der Regierung von Helmut Kohl,	
Bernhard Vogel und Carl-Ludwig Wagner	
Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe	
„60 Jahre Rheinland-Pfalz. Rückblenden“	
am 18.12.2006 im Landtag Rheinland-Pfalz	
<i>Prof. Dr. Michael Kißener</i>	
„Der Beginn einer neuen Ära?“	41
Rheinland-Pfalz unter den sozialliberalen Regierungen	
Rudolf Scharping und Kurt Beck	
Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe	
„60 Jahre Rheinland-Pfalz. Rückblenden“	
am 17.04.2007 im Landtag Rheinland-Pfalz	
<i>Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli</i>	

Was das Land zusammenhielt **61**

Zur „Integration“ des Landes Rheinland-Pfalz
Vortrag in der Veranstaltungsreihe „Forum Politik“
am 09.05.2007 in der Universität Landau

Prof. Dr. Michael Kißener

Vitae **80**

Literatur **82**

Vorwort



Der 60. Geburtstag des Landes Rheinland-Pfalz am 18. Mai 2007, die vielen Veranstaltungen im ganzen Land am Jubiläumswochenende und die Zehntausende von Bürgerinnen und Bürgern, die mitgefeiert haben, sie haben es unter Beweis gestellt: Das „Land aus der Retorte“, zusammengesetzt durch eine Entscheidung der französischen Besatzungsmacht aus dem Sommer 1946 und in den Anfangsjahren begleitet von weit verbreiteter Skepsis über und Widerständen gegen seine dauerhafte Existenz, ist doch zusammengewachsen und hat sich auf vielen Feldern zum Erfolgsmodell entwickelt.

Die Landeszentrale für politische Bildung hat gemeinsam mit Prof. Dr. Michael Kißener, Historisches Institut an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, parallel zu wichtigen Jahrestagen des Entstehungsprozesses des Landes, unter dem Titel „Rückblenden“ eine Reihe von drei Veranstaltungen zu den drei Perioden der Landesgeschichte seit 1947 entwickelt. Ein Zeitzeuge sollte dabei jeweils den Vortrag eines Wissenschaftlers zu den prägenden Elementen der jeweiligen Periode kommentieren, ergänzen und diskutieren.

Am 17. November 2006 fand im Historischen Ratssaal der Stadt Koblenz, dem Ort, wo die Beratende Landesversammlung zusammen kam, die erste Veranstaltung zur „Ära Altmeier“ mit einem Vortrag von Prof. Dr. Rudolf Morsey (Speyer) und einem Zeitzeugenkommentar von Landtagsvizepräsidentin a. D. Susanne Hermanns statt. Diesem Auftakt folgte am 18. Dezember 2006 im Plenarsaal des rheinlandpfälzischen Landtags in Mainz eine zweite Veranstaltung, in der Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Bernhard Vogel sehr engagiert mit Prof. Dr. Michael Kißener über dessen Vortrag zur Phase der Neu-

orientierung, der Konsolidierung und schließlich des Paradigmenwechsels unter den CDU-Ministerpräsidenten Kohl, Vogel und Wagner diskutierte. Ebenfalls im rheinland-pfälzischen Landtag stand am 17. April 2007 die Frage, ob 1991 beginnend mit der sozialliberalen Regierung Scharping und gefolgt von den Regierungen unter Ministerpräsident Kurt Beck eine „neue Ära“ der Landesgeschichte begonnen habe, im Zentrum eines Vortrags von Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli (Landau) und einer Gesprächsrunde mit Ministerpräsident Beck.

Anknüpfend an den dialogischen Ansatz dieser Reihe veranstaltete die Landeszentrale dann am 9. Mai 2007 in Landau gemeinsam mit dem Frank-Loeb-Institut an der Universität Koblenz-Landau eine Veranstaltung zu dem zentralen Thema „Was das Land zusammenhielt“. Die Thesen dieses Vortrags von Prof. Dr. Michael Kißener (Mainz) wurden mit Landtagspräsident a. D. Albrecht Martin als Zeitzeugen und einem großen Auditorium ausführlich diskutiert.

Die Vorträge der beteiligten Historiker und Politikwissenschaftler, die wir in dieser kleinen Publikation bewusst auch in ihrem ursprünglichen Vortragscharakter nun einem breiteren Publikum vorlegen, bieten einen hervorragenden systematischen Überblick über die 60 Jahre Geschichte von Rheinland-Pfalz. Weil die drei Autoren – mit die ausgewiesenen Kenner – gestrafft den wissenschaftlichen Ertrag von vielem bieten, was ansonsten in umfangreichen Sammelbänden, Monographien und Quelleneditionen nur Fachleuten zugänglich ist, möchte die Landeszentrale mit der vorliegenden Dokumentation die Beiträge allgemein zur Verfügung stellen und so die Auseinandersetzung mit der rheinland-pfälzischen Zeitgeschichte anregen und befördern.

Dr. Dieter Schiffmann

Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz

Vom Land aus der Retorte zu einem Land mit eigenem Profil

Die Ära Peter Altmeier 1947-1969

Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe „60 Jahre Rheinland-Pfalz. Rückblenden“ am 17. November 2006 im Historischen Ratssaal Koblenz

Prof. Dr. Dr. h.c. Rudolf Morsey

I

Der Beginn der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz lässt sich auf den Tag genau bestimmen: Das neue Land wurde durch eine Verordnung, Nummer 57, des Oberkommandierenden der französischen Besatzungszone, Armeegeneral Koenig, errichtet. Sie war am 30. August 1946 in Baden-Baden ausgefertigt, umfasste sechs Artikel und erschien im Amtsblatt der Militärregierung in Französisch und Deutsch. Danach sollte das neue Land zwei Gebiete umfassen: „die Pfalz und die gegenwärtigen Regierungsbezirke Trier, Koblenz, Mainz und Montabaur“.

Zur Hauptstadt wurde Mainz bestimmt, allerdings mit einer Einschränkung: „sobald die entsprechenden wohnlichen Voraussetzungen geschaffen werden“ könnten. Schließlich sollte eine rasch gebildete Beratende Versammlung den Entwurf einer Verfassung ausarbeiten, „im Einvernehmen“ mit einer vorläufigen Regierung, und diese dann einem Volksentscheid unterworfen werden.

Durch die Verordnung 57 wurden die im Vorjahr von der Militärregierung geschaffenen beiden Verwaltungseinheiten zusammengeschlossen: Rheinland-Hessen-Nassau, mit Sitz in Koblenz, und Hessen-Pfalz, mit Sitz in Neustadt an der Weinstraße – damals noch: an der Haardt. Das Ergebnis war ein künstlich geschaffenes territoriales Gebilde, ein „Land aus der französischen Retorte“. Es setzte sich zusammen aus früheren preußischen, bayerischen, hessischen und nassauischen Gebieten, die historisch höchst unterschiedlich geprägt waren.

Es handelte sich um eine „Staatsgründung durch Fremdbestimmung“ (H. Küppers) zugunsten einer Bindestrich-Bezeichnung. „Sie [aber] verewigte regionale Differenzen bereits im Namen“ (P. Heil). Der Zuschnitt des neuen Landes – und das hatte Folgen – „institutionalisierte von Anfang an gleichsam eine Art Rivalität zwischen zwei etwa gleich großen Regionen um die politische Führung“ (H. Mathy).

Die Errichtung von Rheinland-Pfalz war das Ergebnis langwieriger Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungen in Paris, die alle paar Monate wechselten. Diese strukturelle Instabilität des französischen Verfassungssystems führte zu einem deutschlandpolitischen Institutionenchaos (D. Hüser). Die entsprechenden politischen Verwerfungen setzten sich in der Militärregierung und der damit oft konkurrierenden Zivilverwaltung in Baden-Baden fort. Dabei blieben die Ziele der französischen Deutschlandpolitik lange unklar: Ging es um eine Zerstückelung linksrheinischer Gebiete nach der bereits früh erfolgten Ausgliederung des Saargebiets? Oder waren Annexionspläne, noch bis 1947 hin, eher Verhandlungsmasse im Kreis der Siegermächte für eine Neuordnung Deutschlands auf extrem föderalistischer Grundlage?

Offensichtlich gab es eine doppelgleisige Deutschlandpolitik. Oberstes Ziel war die Wiedergewinnung einer Großmachtstellung Frankreichs, eingeschlossen äußere Sicherheit und Reparationen. Das aber bedeutete: dauerhafte militärische, politische und wirtschaftliche Schwächung des östlichen Nachbarn, verbunden mit der Einführung der parlamentarischen Demokratie und einer entsprechenden Umerziehung seiner Bevölkerung. Sie gipfelte in der Forderung nach strikter „Entpreußung“ („Déprussianisation“) und Entnazifizierung.

Die französische Regierung konnte jedoch im Kreis der Siegermächte Annexionsforderungen ebenso wenig durchsetzen wie die nach einer Internationalisierung des Ruhrgebiets, auch nicht ein zonenübergreifendes linksrheinisches Land von Kleve bis Germersheim. Deswegen sollte ein eigenständiges Land wenigstens den nördlichen Teil der eigenen Besatzungszone konsolidieren. Es stärkte zudem das Gewicht der

Nachbarländer in der amerikanischen und britischen Zone in einem künftigen deutschen Bundesstaat. Allerdings hielt die Besatzungsmacht „ihre“ drei Länder – außer Rheinland-Pfalz: Baden und Württemberg-Hohenzollern – weiterhin voneinander isoliert und schottete die Zonengrenze rigoros ab. Verboten blieb die Bezeichnung „Deutschland“ oder „deutsch“, auch im Namen der neuen Parteien, ebenso jede Kritik an den Besatzungsmächten.

Auf der anderen Seite gab es, vor allem im sozialistischen Lager in Paris, Kräfte, die schon früh auf eine Aussöhnung mit einem Deutschland hinarbeiteten, das demokratisch verfasst und bundesstaatlich gegliedert war, als Bastion im Kalten Krieg. Kennzeichnend für diese Linie war eine gezielt betriebene, europäisch ausgerichtete Bildungs- und Kulturpolitik, mit einer entsprechenden Presse-, Literatur- und Theaterlandschaft. Zukunftsweisend wurde die frühe Gründung von Hochschulen: im nördlichen Landesteil, in Mainz, die einer Universität – bis 1970 der einzigen in Rheinland-Pfalz –, und im südlichen, in Speyer, die einer Höheren Verwaltungsakademie sowie eines Dolmetscher-Instituts im nahen Germersheim.

Die Speyerer Hochschule sollte – nach französischem Vorbild – in einem interdisziplinären Vollstudium eine neue, demokratisch beseelte Verwaltungselite heranbilden, unter Preisgabe des tradierten Juristenmonopols. Dieses Konzept – das sei nur angefügt – wurde bereits drei Jahre später vom Lehrkörper der Hochschule verändert, und zwar zugunsten einer postuniversitären verwaltungsbezogenen, aber wissenschaftlichen Ausbildung.

Die hehren kulturpolitischen Ziele und ihre Umsetzung durch die Siegermacht waren die eine Seite der Besatzungspolitik, die andere eine harte, wenngleich inkonsequente unbarmherzige Sicherheits- und Reparationspolitik. Deren Begleiterscheinungen in der Trümmerwüste der Nachkriegsjahre waren Hungersnot und Wohnungsmangel, Demontagen und Requisitionen, Fehlen von Brennstoffen und Energie. Und sie bestimmten den Alltag unter Fremdherrschaft, das Leben und Überleben in der Zusammenbruchsgesellschaft der ersten Nachkriegsjahre.

II

Für die zeitgenössische Einschätzung des neuen Staatsgebildes auf deutscher Seite gilt eine Formulierung Peter Altmeiers vom 25. April 1947. Der damalige Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Beratenden Landesversammlung erklärte bei der 3. Lesung der neuen Verfassung: „Dieses Land ist nicht aus dem Willen des Volkes geboren, sondern stellt ein Ergebnis der Zonen- und Besatzungspolitik dar. Für uns hat das Land Rheinland-Pfalz also durchaus keinen Ewigkeitswert.“ Altmeier fügte jedoch einen Satz hinzu, der bei der Wiedergabe dieses Zitats bisweilen ausgelassen wird.

Er lautete: Das neue Land sei bis zu einer Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse in Deutschland eine „gegebene politische Tatsache“ und brauche deswegen eine Verfassung. Die Einschätzung des Koblenzer CDU-Politikers – „kein Ewigkeitswert“ – teilte die große Mehrheit seiner Landsleute. So lehnte die Sozialdemokratie von vornherein die „Kunstschöpfung der französischen Zonengeographie“ (H. Küppers) ab. Selbst Adolf Süsterhenn, von dem noch die Rede sein wird, gestand später, dass Rheinland-Pfalz nicht „mit dem Griffel Gottes in die Landkarte geritzt“ worden sei.

Im Frühjahr 1947 war der parteipolitische Neuaufbau weitgehend abgeschlossen. Die bis Anfang 1946 in Rheinland-Hessen-Nassau und Hessen-Pfalz wiederbegründeten Parteien und Gewerkschaften hatten programmatisch und personell an die Zeit vor 1933 angeknüpft, die SPD mit drei Bezirksorganisationen – erst 1959 entstand ein Landesverband –, die späteren Freien Demokraten zunächst unter verschiedenen Namen. Neu auf den Plan getreten war die interkonfessionelle Christlich-Demokratische Partei. Ihr gelang es erst im Februar 1947, die unabhängig voneinander entstandenen regionalen Verbände zur CDU zusammenzuschließen und einen Vorsitzenden zu wählen: Peter Altmeier.

Zu diesem Zeitpunkt amtierte in Koblenz bereits eine vorläufige Regierung (seit dem 1. Dezember 1946). Sie war von der Militärregierung

ernannt worden und wurde von dem bisherigen Oberpräsidenten von Rheinland-Hessen-Nassau, Wilhelm Boden, CDP, geleitet. In ihr waren alle Parteien vertreten. Inzwischen hatte auch, auf Weisung der Besatzungsmacht, eine Beratende Landesversammlung begonnen, eine Verfassung für das neue Land zu erarbeiten. Dieses Gremium war indirekt gewählt, nach dem prozentualen Ergebnis der vorausgegangenen Gemeinde- und Kreistagswahlen im Herbst 1946. So gehörten von den insgesamt 127 Delegierten 70 der CDP an.

Der Landesversammlung lag ein Verfassungsentwurf vor, den im Wesentlichen der Justizminister in der Regierung Boden, Adolf Süsterhenn, CDU, ausgearbeitet hatte. Er ging – das war seine Besonderheit – von einem christlichen Menschenbild und naturrechtlichen Vorstellungen aus. Der Entwurf wurde von der Beratenden Landesversammlung am 25. April 1947 mit der absoluten Mehrheit von CDU und Liberalen gebilligt. Der sozialdemokratische Koalitionspartner lehnte ihn ebenso ab wie die Kommunisten. Bei der Abstimmung fehlten 20,5 % der Abgeordneten.

Denn zahlreiche Bestimmungen der Verfassung waren höchst umstritten. Das galt für die Einbindung von Rheinland-Pfalz in einen künftigen deutschen Zentralstaat und für sozialisierende Bestimmungen über die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung. Das galt vor allem jedoch für die von der CDU erstrebte Schulverfassung. Danach sollte die von den Nationalsozialisten abgeschaffte bekenntnisgebundene Volksschule wiedereingeführt werden, auf der Grundlage des Elternrechts.

Demgegenüber traten die übrigen Parteien für eine Simultanschule ein, wie sie seit Jahrzehnten in den Landesteilen mit evangelischer Mehrheit – Montabaur, Rheinhessen und teilweise in der Pfalz – bestand und 1946 von der Militärregierung verordnet worden war. Die schließlich akzeptierte Lösung im Verfassungsstreit hatte der Koblenzer CDU-Abg. Hubert Hermans vorgeschlagen. Sie bestand in einer doppel-

ten Volksabstimmung: einmal über die Landesverfassung und gleichzeitig, aber gesondert, über deren Schulartikel.

Politisch brisant im Verfassungsentwurf war aber auch die darin vorgesehene Sonderstellung der Pfalz. Darauf hatte der Gouverneur bestanden, um den widerspenstigen Pfälzern das neue Land „schmackhaft“ zu machen (H. Mathy). Sie erhielten als Trostpreis ein überkommunales Gremium zugestanden, einen Bezirksverband, der bis heute existiert.

Die Volksabstimmung über die Verfassung und, davon getrennt, über deren Schulartikel fand am 18. Mai 1947 statt, zugleich mit der Wahl des ersten Landtags. Bei einer Wahlbeteiligung von 77,7 Prozent wurde die CDU zur stärksten politischen Kraft. Sie erhielt 47,2 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Mit großem Abstand folgten die SPD mit 34,3 Prozent – in der Pfalz allerdings lag sie vor der CDU –, die Liberalen mit 9,8 Prozent und die Kommunisten mit 8,7. Gleichzeitig stimmte eine absolute Mehrheit der Wähler der Verfassung und den Schulbestimmungen zu: 53 bzw. 52,4 Prozent.

Bemerkenswert war – in beiden Fällen – das höchst unterschiedliche Ergebnis der Abstimmung in den einzelnen Teilen des Landes. Es entsprach exakt ihrer konfessionellen Mischung. So votierten für die Verfassung in den mehrheitlich katholischen Regierungsbezirken, Trier und Koblenz, 76,5 bzw. 61,3 Prozent, in den überwiegend evangelischen Gebieten, Rheinhessen und Pfalz, hingegen nur 46,8 bzw. 40,3 Prozent. Bei der gesonderten Abstimmung über die Schulbestimmungen lagen die entsprechenden Anteile in Trier und Koblenz jeweils noch höher, in den übrigen Gebieten jedoch noch niedriger als die des Votums über die Verfassung. Die Wiedereinführung der Konfessionsschule erwies sich als Zeitbombe. Sie führte zu einem jahrelangen Schulstreit.

Die Abstimmung vom Mai 1947 war aber noch in anderer Hinsicht singulär. Bewertet man nämlich die Nichtwähler und die hohe Zahl

der ungültigen Stimmen – im Falle der Verfassung 14,4 Prozent, bei den Schulartikeln 18,2 – als bewusste Ablehnung der Verfassung, so war das Ergebnis – mit Hans Fenske – ein „Votum gegen das [neue] Land. Auch wenn man eine solche Interpretation einer Abstimmung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht teilt, so fehlte dem Ergebnis eine zündende und „einheitsstiftende Funktion“ (R. Ley).

Nach der Wahl des Landtags wurde der bisher ohne Mandat amtierende Regierungschef, Wilhelm Boden (CDP), zum Ministerpräsidenten gewählt. Er scheiterte bereits vierzehn Tage später auch deswegen, weil er eine Koalition nur mit den Freien Demokraten anstrebte, und dies gegen die Mehrheit selbst seiner eigenen Fraktion. In ihr setzte sich, nach harten Diskussionen, ihr Vorsitzender, Peter Altmeier, als Nachfolger durch. Seine Wahl zum Ministerpräsidenten, am 9. Juli 1947, erfolgte einstimmig.

Damit begann er eine Amtszeit, die 22 Jahre lang dauern sollte, an der Spitze von insgesamt sechs Kabinetten. Altmeiers erste Regierung in Koblenz – das stärker zerstörte Mainz bot noch keine Unterkunfts-möglichkeiten – war eine Allparteienkoalition. Diese politische Notgemeinschaft endete allerdings bereits im folgenden Jahr, nach dem Hinauswurf der Kommunisten und dem Ausscheiden der Freien Demokraten. An ihre Stelle trat eine Große Koalition aus CDU und SPD.



Peter Altmeier, der 1899 in Saarbrücken geboren war, lebte seit 1906 in Koblenz. Er hatte dort auch die Zeit des Hitler-Regimes überstanden, als selbständiger Kaufmann und Mitgesellschafter eines Großhandelsbetriebs. 1945 Mitgründer der CDP, war er ein überzeugter Föderalist rheinisch-katholischer Prägung, betont nach Westeuropa geöffnet. Die Militärregierung hatte ihn 1946 als Präsident des neu geschaffenen rechtsrheinischen Regierungsbezirks Montaubaur eingesetzt. In diesem Amt hatte er sich Verwaltungspraxis verschafft, aber auch gelernt, mit der Besatzungsmacht umzugehen.

Wie die Ministerpräsidenten in den übrigen zehn Ländern der drei Westzonen war Altmeier nunmehr „Treuhand des deutschen Volkes“ gegenüber den Machthabern. Vorerst aber bestand seine Hauptaufgabe darin, im Dauerkontakt mit französischen Militärs und Zivilbeamten an der Verteilung von Not und Mangel mitzuwirken sowie eine einheitliche und einheitsstiftende Verwaltung aufzubauen. Gleichzeitig galt es, die Folgen von Demontagen und Holzeinschlag möglichst zu mildern, den inneren wie äußeren Wiederaufbau – auch den des Rechtslebens und der Wirtschaft – fortzusetzen und schließlich den Partikularismus abzuwehren.

Der Ministerpräsident ist den Franzosen, die nicht selten hochmütig auftraten, wirkungsvoll entgegengetreten: zielbewusst, beharrlich und freimütig in der Sache – das aber bedeutete vor allem: zur Abwehr unablässig vorgebrachter Forderungen und zur Erleichterung des harten Besatzungsalltags. Altmeier argumentierte unpolemisch, blieb verbindlich im Ton und bekannte sich zur Wiedergutmachung. Sein dabei früh gezeigter Einsatz für einen Ausgleich mit Frankreich war ein Wagnis. Es wurde angesichts der bitteren Erfahrungen mit der Siegermacht nicht überall verstanden.

Tatsächlich ist der Aufbau des Landes, anders als sein Gründungsakt, in den folgenden Jahren in einer konfliktreichen, aber trotzdem häufig konstruktiven Zusammenarbeit zwischen der Besatzungsmacht und den verantwortlichen Instanzen des Landes erfolgt. Nur machten beide Seiten davon möglichst wenig publik.

Im Sommer 1948 erlebte der Regierungschef seine erste Bewährungsprobe. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Zonentrennung bereits beängstigend vertieft: auf der Schnittlinie des von der Sowjetunion 1945 in Deutschland herabgelassenen Eisernen Vorhangs. Im Zeichen des Kalten Krieges drängten die drei Westmächte im Sommer 1948 auf eine staatliche Organisation der Westzonen. Am 1. Juli 1948 übergaben ihre Militärgouverneure in Frankfurt den Ministerpräsidenten der elf

Länder in den Westzonen das Angebot, einen westdeutschen Bundesstaat zu errichten. Gleichzeitig erwarteten sie Vorschläge für eine eventuelle Änderung der Ländergrenzen. Damit erhielten deutsche Repräsentanten Mitverantwortung für die Spaltung Deutschlands aufgebürdet. Sie hatte bisher allein in der Verantwortung der Siegermächte gelegen.

Das Frankfurter Angebot war allerdings belastet mit der Ankündigung eines Besatzungsstatuts, das auch Altmeier als eine Art zweites Versailles empfand. Zudem erfolgte es im Angesicht einer internationalen Krise. Die jüngst begonnene sowjetische Blockade der Westsektoren in Berlin beschwor die Gefahr eines Dritten Weltkriegs herauf. Da die Einheit in Freiheit für alle Deutschen nicht erreichbar war, ging es nunmehr darum, die Freiheit für immerhin drei Viertel von ihnen zu sichern. Darüber verhandelten die Ministerpräsidenten den ganzen Juli 1948 hindurch – sie trafen sich insgesamt siebenmal, davon dreimal mit den alliierten Generälen. Am 26. Juli stimmten die Regierungschefs – es waren fünf der SPD, vier der CDU, je einer der CSU und der FDP – der Gründung des Weststaats zu, nachdem die Machthaber dessen provisorischen Charakter bestätigt hatten. Die erste der erwähnten Konferenzen der Ministerpräsidenten hatte vom 8. bis 10. Juli 1948 in Koblenz getagt – bewusst an einem Ort in der französischen Zone –, im Hotel auf dem Rittersturz (das längst abgerissen ist). Altmeier, der sie als Gastgeber leitete, hat dieses Ereignis später als den Höhepunkt seiner politischen Arbeit bezeichnet und sich deswegen mit Stolz zu den Gründern der Bundesrepublik gezählt. Dabei erzielte er für sein Land einen, wie sich im Nachhinein zeigte, ersten Erfolg.

Es gelang, eine sofortige Diskussion der brisanten Problematik „Änderung der Ländergrenzen“ zu verhindern. Sie hätte die Existenz des Bindestrich-Landes gefährdet; denn große Teile seiner Bevölkerung neigten zu benachbarten Ländern, auch zu Nordrhein-Westfalen. Gegen dessen Erweiterung wandte sich jedoch die Regierung in Düsseldorf und stützte damit indirekt den Fortbestand von Rheinland-Pfalz. Für ihn konnte Altmeier zudem auf entsprechende Erklärungen der Re-

gierung und des Landtags verweisen (16. Juni und 30. Juli 1948). Sie unterstützten eine „Neuformung und Neuabgrenzung der deutschen Länder“, allerdings nur durch eine Entscheidung der „künftigen demokratisch gewählten gesamtdeutschen Bundesorgane“. Alle Parteien des Landes akzeptierten die Formel, dass Rheinland-Pfalz in seiner „gegenwärtigen Form keine befriedigende Endlösung“ darstelle.

Diese Feststellung verbaute keine mögliche Alternative, bettete aber die spezifische Landesproblematik in eine gesamtdeutsche Lösung ein, auch unter Hinweis auf „französische Aspirationen in der Pfalz“ (M. Kißener) – Stichwort: Separatismus. Mit der Formel von der noch nicht befriedigenden territorialen Lösung hat Altmeier erfolgreich operiert. Das zeigte sich bereits am 1. Oktober 1948, als die Ministerpräsidenten beschlossen – wengleich nur mit sechs zu fünf Stimmen –, an den bestehenden Ländergrenzen vorerst festzuhalten. Dabei war ihnen nicht bekannt, dass sich inzwischen die Regierungen in Paris und London insgeheim darauf verständigt hatten, keine Gebietsänderungen vorzunehmen.

Zwei Tage vor dem erwähnten Beschluss hatte Altmeier in der Unionsfraktion des Parlamentarischen Rates in Bonn, der das Grundgesetz ausarbeitete, eine Bestimmung angeregt, die dessen späterem Artikel 29 über eine Neugliederung entsprach. Bei seinem neuen Vorschlag verlor Altmeier, der aus Saarbrücken stammte, nicht das Ziel aus dem Auge, eines Tages das Saarland in Rheinland-Pfalz „einbeziehen“ zu können. Das jedenfalls versicherte er am 20. Februar 1949 dem französischen Außenminister Robert Schuman.

Von den 65 Delegierten des Parlamentarischen Rates kamen vier aus Rheinland-Pfalz, je zwei der CDU und SPD. Von ihnen leitete Friedrich Wilhelm Wagner (SPD) souverän den wichtigen Ausschuss für Fragen der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern. Er war es auch, der den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe stellte. Auf der anderen Seite erreichte Hubert Hermans – er war Anfang Mai 1949

für Süsterhenn nachgerückt, der einen schweren Verkehrsunfall erlitten hatte – eine wichtige Entscheidung der Unionsfraktion. Er fand am 10. Mai, unmittelbar vor der Abstimmung über den Bundessitz – Bonn oder Frankfurt –, die erlösende Kompromissformel, „in der das Reizwort ‚Hauptstadt‘ bewusst ausgeklammert blieb“ (H. Küppers).

Sie lautete: „Die Bundesorgane nehmen ihre erste Tätigkeit in X auf.“ Dieser Vorschlag unterstrich das staatliche Provisorium. Er führte dazu, dass die CDU/CSU-Fraktion – wie es im Protokoll dieser Sitzung heißt – „ohne weiteres für Bonn stimmen könne“, was sie dann tat. Vorher hatten sechs ihrer 27 Abgeordneten Frankfurt favorisiert.

Am 18. Mai 1949 nahm der Landtag von Rheinland-Pfalz das Grundgesetz an, mit allen Stimmen außer denen der Kommunisten. Das war ein guter Auftakt für eine künftige Zusammenarbeit mit dem Bund. Sie begann dennoch mit einer Dissonanz; denn nach der Bundestagswahl vom 14. August 1949, die den Unionsparteien einen knappen Vorsprung vor der SPD erbracht hatte, plädierte Altmeier für die Bildung einer Großen Koalition, zusammen mit den übrigen drei Ministerpräsidenten der CDU. Sie scheiterten an Konrad Adenauer, der sie geschickt überspielte. Er nahm auch keinen der ihm aus Mainz empfohlenen Politiker in die erste Bundesregierung auf.

IV

Bereits im Frühjahr 1950 stand die politische Existenz des Ministerpräsidenten auf dem Spiel. Es ging um den Umzug der Regierung und des Landtags in die von der Besatzungsmacht bestimmte Hauptstadt Mainz. Weil dort der Wiederaufbau nur langsam voranschritt, geriet Altmeier in den – falschen – Verdacht, sich dauerhaft in Koblenz einrichten zu wollen. Er wusste, dass es nur von Mainz aus, das zentraler lag, möglich sein würde, die Trennungslinie zwischen den Pfälzern und den Rheinländern zu überwinden.

So erreichte der Ministerpräsident zunächst, dass die Besatzungsmacht auf ihre frühere Bestimmung der Hauptstadt verzichtete und die Entscheidung darüber dem Landtag überließ. Dessen Abstimmung, am 4. April 1950, bedeutete eine herbe Niederlage für Altmeier, ja ein Fiasko; denn bei einem Patt von 43 Ja- zu 43 Neinstimmen bei 6 Enthaltungen war die Vorlage abgelehnt. Dieses unerwartete Ergebnis empfanden die Machthaber – gestützt auf das neue Besatzungsstatut – als Affront, für den Ministerpräsidenten aber war es ein politischer Tiefschlag; denn für den Umzug nach Mainz hatten vom Koalitionspartner SPD nur 10 Abgeordnete gestimmt, von seiner eigenen Fraktion aus 34 Abgeordneten nicht weniger als 13 dagegen.

Zu diesen Abweichlern zählten Hubert Hermans sowie andere Koblenzer, so Johann Junglas – amtierender Innenminister – und Helene Rothländer. Der Wortführer dieser Gruppe war Franz-Josef Wuermeling aus Linz. Dieser einflussreiche Landtags- und Bundestagsabgeordnete blieb weiterhin ein innerparteilicher Gegenspieler Altmeiers. Er hielt Rheinland-Pfalz für nicht lebensfähig.

Daraufhin setzte der Regierungschef alles auf eine Karte. Er erreichte, unter hohem persönlichen Einsatz, einen Initiativantrag von 42 Abgeordneten der Koalition für eine zweite Abstimmung über die Hauptstadtfrage. Sie fand am 16. Mai 1950 statt und brachte – auch durch das Fernbleiben von 9 „Koblenzern“ – mit 49 gegen 32 Stimmen bei 3 Enthaltungen das gewünschte Ergebnis. Es bedeutete einen großen Schritt auf dem Weg zur Konsolidierung von Rheinland-Pfalz. Dazu trug die Fortsetzung der Großen Koalition bei, an der Altmeier festhielt, auch gegen die Intentionen von Adenauer wie von Wuermeling.

In den folgenden Jahren ist mehrfach versucht worden, im Zuge einer Neugliederung des Bundesgebiets Rheinland-Pfalz aufzulösen und einzelne Gebietsteile benachbarten Ländern anzuschließen. Da das Land unter Rechtfertigungsdruck stand, blieben diese Versuche bedrohlich; denn weiterhin strebten einzelne Gruppierungen entweder

nach Bayern – mit massiver Unterstützung der Regierung in München –, nach Hessen oder Nordrhein-Westfalen. Entsprechende Tendenzen konnten unschwer abgewehrt werden, solange die Bundesrepublik noch nicht souverän und die Frage des Saarlands noch nicht gelöst war, auch eine europäische Einigung noch nicht verbaut schien.

Erster wurde es – damit greife ich zeitlich vor – im Frühjahr 1956, als erstmals eine Länder-Neugliederung auf der Grundlage eines Volksbegehrens zur Abstimmung kam. In der mit erheblichem Propagandaeinsatz geführten und emotional belasteten Kampagne erreichten drei Vorschläge jeweils mehr als die erforderlichen 10 Prozent, um Volksbefragungen anschließen zu können. Für eine Angliederung von Koblenz-Trier an Nordrhein-Westfalen stimmten 14,2 Prozent, für eine von Montabaur und von Rheinhessen an Hessen 25,3 bzw. 20,2 Prozent. Andere Initiativen scheiterten. In der Pfalz hatten nur 7,6 Prozent für eine Rückgliederung nach Bayern votiert.

Damit hatten mehr als 80 Prozent der Wahlberechtigten kein Interesse an einer Gebietsänderung gezeigt. Die Regierung interpretierte dieses Ergebnis allzu forsch als ein Bekenntnis zu Rheinland-Pfalz.

Eine nach diesem Wahlausgang eigentlich fällige Volksbefragung kam nicht zustande. Die Regierungen in Bonn und Mainz hatten an deren möglichem Ergebnis keinerlei Interesse – auch wegen der davon befürchteten Stimmenverluste im Bundesrat – und zögerten sie hinaus. Als Begründung dienten wirtschaftliche Probleme nach der Rückgliederung des Saarlands und Rücksichtnahme auf die Wiedervereinigung, die Teillösungen nicht zulasse. Adenauer hatte bereits Ende 1953 dem früheren badischen Regierungschef Leo Wohleb (und zwei Jahre später auch einem Journalisten) zugesagt, solange er am Ruder sei, brauche Rheinland-Pfalz keine Angst vor einer Auflösung zu haben (H. Fenske).

Die gegen die Verzögerung der Abstimmung über eine Neugliederung erhobenen Verfassungsbeschwerden entschied das Bundesverfassungs-

gericht erst 1960. Danach war in der strittigen Frage einer Gebietsreform allein der Bund zuständig, müsse allerdings eine einvernehmliche Regelung anstreben. Sie wurde gar nicht erst versucht. Später formulierte Altmeier diplomatisch, er habe stets „Zerschlagungspläne eigensüchtiger Rivalen“ abgewiesen, ohne aber eine Neugliederung des gesamten Bundesgebiets „je in Abrede stellen zu wollen“ (18. Mai 1969).

Zurück zur zweiten Landtagswahl von 1951, nach deren Ausgang die CDU eine Koalition mit den Liberalen schloss, die zunächst der in Bonn entsprach. Altmeier übernahm zusätzlich, erneut, die Leitung des Wirtschafts- und die des Verkehrsministeriums. Seitdem hielt er am schwarz-gelben Bündnis fest, auch als die CDU vorübergehend die absolute Mehrheit erreichte. Im Bundesrat in Bonn – in dessen Sitzungen er selten fehlte – unterstützte er, mit Überzeugung, die westeuropäische Integrationspolitik Adenauers. In einer anderen Frage allerdings, die tief in die Außenpolitik übergriff, stellte er sich ihm seit 1954 entgegen, im „Kampf um die deutsche Saar“.

Der Bundeskanzler wollte die inzwischen fortgeschrittene wirtschaftliche Westintegration durch die Politische Union eines geeinten Europas krönen. Deswegen drängte er darauf, das französische Protektorat über die Saar, das die Bundesregierung nicht anerkannt hatte, abzulösen, und zwar durch ein sogenanntes „europäisches Statut“. Für diese Voraussetzung auf ein quasi Europa-Territorium war Paris bereit, das Ergebnis einer entsprechenden Abstimmung zu akzeptieren.

Altmeier setzte sich massiv für die Rückgewinnung des Saarlands ein, auch gegen Adenauers Drängen. Dafür musste er den Vorwurf hinnehmen, dass ihm daran liege, das Saarland Rheinland-Pfalz anzugliedern. Das allerdings war inzwischen kaum mehr realisierbar. So hatte der Ministerpräsident 1952 – bei der Gründung von Baden-Württemberg – das Verschwinden des Landes Württemberg-Hohenzollern kritisiert. Im Übrigen musste ein künftig selbständiges, zudem

kleineres Nachbarland an der Saar den Fortbestand von Rheinland-Pfalz stützen.

Am 23. Oktober 1955 lehnte die Saarbevölkerung den – wie Altmeier formulierte – „wahnwitzigen Gedanken“ einer „vorläufigen Europäisierung“ ab. Er hatte mit diesem Votum gerechnet und sah sich glänzend bestätigt. Die „Wiedervereinigung im Kleinen“ – wie Hans-Peter Schwarz die Lösung dieses Problems durch freie Wahlen genannt hat –, galt als Vorbild für eine Lösung der Deutschen Frage. Dabei kostete die zum 1. Januar 1957 erfolgte Eingliederung des Saargebiets in die Bundesrepublik Rheinland-Pfalz, das noch weitgehend agrarisch strukturiert war, einen hohen Preis, nicht zuletzt die von den Franzosen erreichte Kanalisierung der Mosel. Ihr widersetzte sich Altmeier hartnäckig, aber vergeblich.

V

Hingegen unterstützte er die Integrationspolitik der Bundesregierung durch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den westlichen Anrainer-Staaten. Er blieb auf Ausgleich und Versöhnung mit Frankreich bedacht. Bereits 1950 schloss die Regierung einen Staatsvertrag mit Luxemburg über die Errichtung einer Wasserkraftanlage. Drei Jahre später begann Rheinland-Pfalz, ebenfalls ohne Vorläufer, eine erfolgreiche Regionen-Partnerschaft mit Burgund. Daneben entstanden zahlreiche Städtepartnerschaften. Altmeier verstand sich – so im Rückblick – als „Trehänder Deutschlands und Europäer in einer Person“.

19 Jahre lang leitete er gleichzeitig auch das Wirtschafts- und Verkehrsministerium. Er nutzte jede Gelegenheit, in allen Teilen des Landes bei Einweihung neu erbauter Straßen und Brücken gleichzeitig politische Brücken zu schlagen und um Vertrauen zu werben. Das war notwendig angesichts der schweren wirtschaftlichen Belastungen beim Wiederaufbau, aber auch durch solche, die mit der Stationierung amerikanischer Streitkräfte verbunden waren. Deren Zahl vergrößerte

sich seit Anfang der 50er Jahre rasch. Nicht zuletzt das robuste Auftreten der Besatzungsmacht, seit 1955 eine der drei westlichen Schutzmächte der Bundesrepublik, schuf Unmut. Sie requirierte nicht nur für ihre zahlreichen Flugplätze in der Westpfalz – durch die Rheinland-Pfalz zum Flugzeugträger der NATO wurde – große landwirtschaftliche Nutzflächen. Das Klima verbesserte sich in dem Maße, in dem die wirtschaftlichen Vorteile der Truppenstationierung, auch der Bundeswehr, gerade in strukturschwachen Gebieten deutlich wurden. Ein Problem eigener Art war die Beseitigung der Bunkeranlagen, die sog. „Entschrottung“ des Westwalls.

Einen überregional beachteten Erfolg erreichte Altmeier Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre durch seinen beharrlichen Widerstand gegen die Rundfunk- und Fernsehpläne der Bundesregierung. Sie wollte das neue Medium Fernsehen nicht länger allein der ARD überlassen, die als linkslastig galt, sondern durch eine staatliche „Deutschland-Fernsehen GmbH“ ergänzen. Eine derartige Zentralisierung, auch durch ein Bundesrundfunkgesetz, lehnten die Ministerpräsidenten geschlossen ab. Stattdessen favorisierten sie ein föderalistisch organisiertes Zweites Fernsehen. In diesem – auch innerparteilich harten Ringen – zählte Altmeier zu den „Gralschützern“ (H. Kohl) eines öffentlich-rechtlichen Rundfunk-Systems. Er ignorierte Adenauers Mahn- und Machtworte.

Den Streit um die Medienkompetenz entschied 1961 das Bundesverfassungsgericht, und zwar gegen den Bund. Der Dank der Ministerpräsidenten für Altmeiers Einsatz bestand in einem Beschluss, unabhängig von den bisherigen Sendern, eine Länderanstalt, das Zweite Deutsche Fernsehen, aufzubauen und in Mainz zu errichten. Zudem erhielt Altmeier den Vorsitz im Aufsichtsrat des ZDF, den er zwei Jahre nach seinem Ausscheiden abgeben musste.

Anders als in der Medienpolitik gelang dem Ministerpräsidenten in der Schulfrage, einem besonders sensiblen Politikbereich, keine Lösung. Er hielt an den nach der Verfassungsgrundlage (wieder)errichteten

Konfessionsschulen fest, die in manchen Landesteilen auf anhaltenden Widerstand stießen. Da die Schulverfassung eine auch konfessionell getrennte Lehrerausbildung erforderte, errichtete das Land zunächst fünf, dann sechs pädagogische Akademien, regional breit verteilt, seit 1960 aufgewertet zu Pädagogischen Hochschulen.

In den folgenden Jahren wurde ein „katholisches Bildungsdefizit“ entdeckt und diskutiert, bald darauf, und anhaltend, die berühmte „Bildungskatastrophe“. Zugleich beschleunigte sich in der Bevölkerung die Ablösung von religiösen und kirchlichen Bindungen. Die im katholischen Volksteil bisher prinzipiell unantastbare staatliche Bekenntnisschule galt als überholt, zumal sie vielfach zu sogenannten Zwergschulen geführt hatte. Auch innerhalb der CDU mehrten sich die Stimmen für eine „Zentralisierung christlicher Gemeinschaftsschulen im ländlichen Raum“. Das kam einer Preisgabe des „Dogmas vom unbedingten Elternrecht gleich“ (Th. Grossmann). Demgegenüber hielt Altmeier starr an der Verfassungsgrundlage fest.

In diesem Punkt widersprach ihm auch Hubert Hermans. Als Vorsitzender des neuen Kulturbeirats beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken hatte er die undankbare Aufgabe, die katholische Öffentlichkeit mit der neuen Situation – konkret: mit dem Ende der Konfessionsschulen – behutsam vertraut zu machen. Daraus ergaben sich persönliche Spannungen.

Aber nicht nur kulturpolitische Auseinandersetzungen überschatteten die letzten Jahre von Altmeiers Regierungszeit. Auch in den eigenen Reihen geriet er unter Beschuss. 1966 musste er den Vorsitz seiner Landespartei – keineswegs freiwillig – abgeben und seinen Rücktritt zur Halbzeit der nächsten Legislaturperiode zugunsten von Helmut Kohl zugehen. Der erst 36 Jahre junge Nachrücker leitete bereits seit 1963 auch die Landtagsfraktion und drängte auf Reformen. 1967, bei seiner letzten Regierungsbildung, musste Altmeier zwei von Kohls Junioren in sein Kabinett aufnehmen: Bernhard Vogel als Kultusminister – der

dann die Schulfrage löste –, und Heiner Geißler als Sozialminister. Der Generationskonflikt hinterließ Narben.

Dem zielstrebigem und machtorientierten Helmut Kohl ging – so hat er es in seinen Memoiren formuliert – Altmeiers Abschied auf Raten „viel zu langsam“. Er nervte den älteren Parteifreund mit ständigem Einmischen, Fragen und auch „ruppigem Vorgehen“. Der Regierungschef konnte sich so wenig von seinem Amt trennen, dass er 1968 – vergeblich – versuchte, seinen Amtsverzicht zu widerrufen. Altmeier konnte den Machtverlust genau so schwer verwinden wie, sechs Jahre zuvor, Konrad Adenauer, trotz seiner 87 Jahre.

So lautet das Ergebnis: Peter Altmeier verband – mit einem Urteil von Helmut Kohl –, „deutschen Patriotismus und europäische Gesinnung“. Er hat, und das bleibt sein Verdienst, wie es Franz-Josef Heyen einmal formulierte – „die Pfälzer, die Rheinhessen und die Nassauer, die Koblenzer und die Trierer, die Eifler, Hunsrücker und Westerwälder zusammengehalten, mit seiner unbekümmerten Beharrlichkeit, seiner Passivität und seiner Fähigkeit zum Ausgleich, weniger durch aktiv fördernde Maßnahmen“. Altmeier besaß Realitätssinn für das politisch Machbare. Er war längst, wie nur wenige andere Regierungschefs seiner Zeit, zum „Landesvater“ geworden, seine Frau Gretel zu einer ebenso populären, sozial engagierten „Landesmutter“.

1969, bei Altmeiers Abschied aus der Politik – auch wenn er noch zwei Jahre lang dem Landtag angehörte, er starb 1977 –, besaß das „Land aus der Retorte“ über die vielzitierten Reben und Rüben hinaus ein eigenes, unverwechselbares Profil. Es war längst mehr als ein „bescheidenes Selbstbewusstsein“, von dem Altmeier in seiner Abschiedsrede im Landtag sprach. Auch die SPD hatte sich mit der Existenz des einstigen „Kunstgebildes“ weitgehend ausgesöhnt. Dessen Konsolidierung war zugleich ein Beitrag zur Stabilisierung der Bundesrepublik Deutschland. Für ein weiteres Zusammenwachsen des Grenzlands und seiner Bevölkerung bestanden tragfähige Fundamente.

Neuorientierung, Konsolidierung, Paradigmenwechsel

Rheinland-Pfalz unter der Regierung von Helmut Kohl, Bernhard Vogel und Carl-Ludwig Wagner

Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe „60 Jahre Rheinland-Pfalz. Rückblenden“, am 18. Dezember 2006 im Landtag Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Michael Kißener

Zäsuren in der historisch betrachtet ja eigentlich noch recht kurzen, 60jährigen rheinland-pfälzischen Landesgeschichte zu definieren, ist, wenn man es genauer betrachtet, gar nicht so einfach.

Auf den ersten Blick mag es stimmig erscheinen, die rund 22 Jahre zwischen 1969 und 1991, die unsere heutige, zweite Vortragsveranstaltung behandeln soll, als zusammengehörig zu betrachten: 1969 und 1991 fanden Regierungswechsel statt, und die waren alles andere als unproblematisch oder gar geräuschlos. 1969 übernahm Helmut Kohl das Amt des Ministerpräsidenten von dem altgedienten „Landesvater“ Peter Altmeier, der wohl gerne noch eine geraume Weile weiterregiert hätte, wäre er nicht im parteiinternen Machtkampf unterlegen. Allerdings: Diese Amtsübernahme fiel nicht vom Himmel, sie war seit langem erhofft, wenn nicht vorbereitet – seit 1966, als Helmut Kohl Vorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz geworden war, wohl auch verabredet worden. 1991 fand ebenso ein Wechsel statt, diesmal freilich nicht nur eine personelle Veränderung an der Spitze des Bundeslandes, sondern sogar in den Regierungsparteien: die jahrzehntelange Dominanz der CDU im Lande fand ein Ende, die SPD stellte nunmehr den Ministerpräsidenten. Allerdings: auch dieser Wechsel fiel nicht vom Himmel, er hatte sich schon abgezeichnet, drei Jahre zuvor, 1988, als Ministerpräsident Bernhard Vogel auf dem Koblenzer Parteitag der CDU nicht mehr zum Parteivorsitzenden gewählt, auch als Ministerpräsident zurückgetreten und mit dem viel zitierten Wort „Gott schütze Rheinland-Pfalz“ aus dem Amt geschieden

war. Der „Spiegel“ hatte damals in Anspielung auf seinen parteiinternen Widersacher weitergetextet: „vor Wilhelm!“ Die Regierungszeit Carl Ludwig Wagners trägt vor diesem Hintergrund schon Züge des Übergangs. Schon bald sprach man damals von Wagner als einem „Ministerpräsident mit Verfallsdatum“, was freilich der intensiven, sachorientierten Arbeit seiner Regierung unrecht tat.

Die Daten, die den heute zu betrachtenden Zeitraum begrenzen, sind also gar nicht so fest, man könnte mit guten Gründen erwägen, ob man nicht eigentlich schon früher ansetzen müsste, ob Übergänge zu berücksichtigen wären usw.

Das gleiche Problem tritt auf, wenn es um inhaltliche Kennzeichnungen für diesen Zeitabschnitt geht. Gemeinhin wird die Ära Kohl ja als die große Reformzeit des Landes gesehen, eine Zeit, in der ein frischer, neuer Wind das Land durchwehte, der eine deutliche Abgrenzung zur Ära Altmeier geschaffen habe. Aber: war das alles wirklich so neu, was 1969 ins Werk gesetzt wurde? Waren nicht schon unter Peter Altmeier zentrale Reformen begonnen worden, man denke nur an die viel zitierte Verwaltungsreform, die ja maßgeblich schon Altmeiers Chef der Staatskanzlei Fritz Duppré vorangetrieben hatte? Helmut Kohl übernahm auch praktisch das ganze Kabinett Altmeiers, in das auf seine Initiative hin zwei Jahre zuvor schon zwei junge Vertraute eingezogen waren: Bernhard Vogel als Kultusminister, Heiner Geißler als Sozialminister. Ist da wirklich eine so scharfe Trennlinie zu ziehen? Ganz ähnlich am Ende unseres Zeitraumes: Bemerkenswert scheint hier, dass sich die neue Regierung Rudolf Scharping nach 1991 neben allen neuen Akzenten, die sie zu setzen bemüht war, stets auch um ein hohes Maß an Kontinuität zur Vorgängerregierung und um Berechenbarkeit ihres politischen Handelns bemüht hat. Wie viel Kontinuität, wie viel Diskontinuität prägte diese Jahre?

Schon an diesen wenigen Beispielen wird deutlich, dass vieles von dem, was wir zu wissen glauben, was auch im Titel des Vortrages so

klar und eingängig formuliert scheint – Neuorientierung unter Helmut Kohl, Konsolidierung unter Bernhard Vogel, Paradigmenwechsel 1991 – sich sehr wohl hinterfragen lässt, dass die Historiker eigentlich jetzt erst anfangen mit der Forschung, mit der Prägung von Begriffen und der Einordnung des historischen Geschehens. Wir stehen, gerade auch was die regionale Zeitgeschichtsforschung in Rheinland-Pfalz anbelangt, für die 1960er, 70er und 80er Jahre noch ganz am Anfang: abgesehen von Erinnerungswerken einzelner Politiker, von speziellen politikwissenschaftlichen Studien und publiziertem Material aus der Zeit ist die Literatur spärlich, bedürfte es einer systematisch forschenden Einrichtung zur regionalen Zeitgeschichte, die wir in Rheinland-Pfalz leider nicht haben.

So muss vieles von dem, was im Folgenden vorgestellt werden soll, als vorläufig gelten und oft noch mit Fragezeichen versehen werden.

I

Neuer Stil und neue Ziele

Es war zweifelsohne etwas ganz Neues, was Rheinland-Pfalz da erlebte, als 1969 der Ludwigshafener Helmut Kohl das Amt des Ministerpräsidenten übernahm – in jeder Hinsicht. Kohl war damals kaum 40 Jahre alt, hatte sich energisch an die Spitze der Partei gekämpft und war, seit 1963 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, zu einer politischen Zentralfigur im Lande avanciert – und das, obwohl der Weg dorthin nicht leicht gewesen war. Der Ministerpräsident hegte eine unverhohlene Abneigung gegen den jungen Mann, der mit seinen „Kameraden“ aus der Jungen Union die „Alten“ verdrängen wollte, sich manchmal sogar provokant verhielt. Er sprach vom „Kalkwerk“ der älteren Generation, lehnte die klerikale Entourage des Ministerpräsidenten ab und konnte auch mit den in seinen Augen antiquierten Umgangsformen nichts mehr anfangen. In seiner Autobiographie bekennt Kohl z.B., wie zuwider es ihm gewesen sei, dass alle hätten aufstehen müssen, wenn Ministerpräsident Altmeier den Raum betrat.

Was Kohl trieb, war neben einem wohl nicht zu bestreitenden Ehrgeiz die Sorge, seine Partei könne die Regierungsfähigkeit verlieren, wenn sie nicht schleunigst modernisiert werde, sich den Anforderungen der Zeit durch innere Erneuerung stelle. Dabei kam ihm zugute, dass durch den Krieg praktisch eine ganze Politikergeneration ausgefallen war und junge Leute wie er sehr schnell ihre Chance bekamen. Und die wusste er zu nutzen, obwohl vieles schon beim Debüt hier im Landtag 1959 schief gelaufen war: vielfach wird bekundet, wie schlecht seine Jungfernsrede als Landtagsabgeordneter inhaltlich wie rhetorisch gewesen sei. Aber Helmut Kohl verstand es, junge, engagierte Mitstreiter zu gewinnen, das später so oft zitierte „System Kohl“ zu etablieren, das auf „Kameradschaft“ – so der von ihm selbst dafür meist gebrauchte Begriff –, Gemeinsamkeit der Ziele und Machtbewusstsein gebaut war.

Auf dieser Grundlage und mit dem klaren Willen das Land zu reformieren, übernahm er im Mai 1969 das Amt des Ministerpräsidenten. Seine politische Zielstellung, der jugendliche Schwung seines politischen Anfangs entsprach, wie sich bald schon herausstellen sollte, ganz und gar dem Zeitgeist und sicherte der CDU neue Zustimmung im Lande. „In der damaligen Zeit war natürlich die Reform auch psychologisch bei den Menschen überfällig“, hat er selbst einmal erklärt. Der Erfolg des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers Willy Brandt, der im selben Jahr, einige Monate später, am 28. Oktober seine legendäre Regierungserklärung vor dem Bundestag hielt, in der auch er eine umfassende Reform der Bundesrepublik ankündigte, bestätigt dies von einer ganz anderen Warte.

Rheinland-Pfalz jedenfalls hatte nun einen Ministerpräsidenten, der hemdsärmelig die Probleme des Landes anging, den man in Mainz auf der Straße sah, wenn er schon mal mit politischen Freunden essen ging und der auch keine Probleme damit hatte, in der politisch aufgeheizten Zeit der 68er Studentenbewegung lautstark in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

In diesem Klima wurde der Begriff „Reform“ zu einem geflügelten Wort: Rheinland-Pfalz sollte nach der Bewältigung der Kriegsfolgen nun vorangebracht werden, es sollte modernisiert werden und aufschließen zu den erfolgreichen Bundesländern. An Betätigungsfeldern, um sich diesem Ziel zu nähern, mangelte es nicht. Kaum etwas, das so blieb, wie es war. Nur vier der wichtigsten Politikfelder seien herausgegriffen, die übrigens auch in ganz ähnlicher Weise das politische Handeln der sozialdemokratischen Bundesregierung bestimmt haben: die Verwaltungsreform, der Aufbau des modernen Sozialstaates, die Wirtschaftsförderung und die Erneuerung des Bildungssystems.

II

Die Reformpolitik der 1970er Jahre

a. Verwaltungsreform

Als zentral wichtig für die rheinland-pfälzische Reformära erscheint heute vor allem die große Verwaltungsreform. Sie wurde gegen schwere, lang andauernde Widerstände eingeführt, deren Ausmaß zu erahnen ist, wenn nur jene 58 Klagen bedacht werden, die damals gegen die Reform beim Verfassungsgerichtshof des Landes in Koblenz eingereicht wurden. Insgesamt 18 Gesetze waren es, die zwischen 1966 und 1974 die Landesverwaltung grundlegend verändert haben. Seit 1. Oktober 1968 verfügte Rheinland-Pfalz nur noch über drei Regierungsbezirke, nämlich Koblenz-Montaubaur, Rheinhessen-Pfalz und Trier. Neu sollte auch die Verwaltung der Landkreise werden, doch zeigte hier schon der Widerstand des Landkreistages an, dass man Durchsetzungskraft brauchte. Am Ende blieben nur 9 der 39 Landkreise von der Reform unberührt: 30 Landkreise wurden aufgelöst, 15 neu gebildet, die Gesamtzahl verringerte sich von 39 auf 24. Weniger Fortschritte ergaben sich auf der Ebene der kreisfreien Städte: vor wie nachher waren es 12, die aber z.T. durch Eingemeindungen vergrößert wurden. Der umstrittenste Punkt aber waren die kleinen Ortsbürgermeistereien auf dem Land, die in größere, moderne Strukturen überführt

werden sollten, in sog. „Verbandsgemeinden“. Trotz heftigster Widerstände führte die Reform hier zu 164 solcher „Verbandsgemeinden“. Ziel war es immer, eine Mindesteinwohnerzahl pro Verwaltungseinheit von 7.500 Bürgern zusammenzubringen. Integraler Bestandteil der Reform war vor allem auch eine neue Zuordnung von Kompetenzen, die sog. „Funktionalreform“. Die Selbstverwaltung auf unterster Ebene sollte gestärkt und bürgernah organisiert werden. Auch auf diesem Gebiet blies der Regierung heftigster Wind entgegen, sträubten sich die vorhandenen Institutionen gegen die Verlagerung von Kompetenzen. Eben deshalb hat die Funktionalreform dann auch die nachfolgenden rheinland-pfälzischen Landesregierungen immer wieder beschäftigt und erst allmählich zu gravierenderen Schwerpunktverlagerungen geführt.

Insgesamt wird man feststellen können, dass die rheinland-pfälzische Verwaltungsreform in ihrer Zeit wie auch in der historischen Rückschau als ein Werk galt und gilt, das den Vergleich mit anderen deutschen Ländern nicht zu scheuen braucht, ja Vorbild gab. Hier wurden entscheidende, große Schritte unternommen, die den Verwaltungsapparat an die Erfordernisse der Zeit angepasst und das nachgeholt haben, was bereits Peter Altmeier 1948 im Selbstverwaltungsgesetz versucht, aber nicht erreicht hatte. Vor einem wirklichen Reformschritt war er damals in der Sorge zurückgeschreckt, das noch junge Land könnte im Streit der betroffenen Institutionen zerbrechen.

b. Sozialpolitik

Die Verwaltungsreform wird, sicherlich mit einiger Berechtigung, gleichsam als das „Meisterstück“ der Regierungszeit Helmut Kohls hervorgehoben. Nicht zu übersehen ist jedoch auch, in welchem rasantem Tempo in dieser Zeit Sozialstaatlichkeit ausgebaut und soziale Einrichtungen geschaffen wurden. Wenn die Jahre 1969 – 1974 heute in der Historiographie als die „Phase der größten Beschleunigung wohlfahrtstaatlicher Expansion“ (H.G. Hockerts) in Deutschland eingeordnet werden, so galt dies insbesondere auch für Rheinland-

Pfalz. Das Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit und das nunmehr propagierte Sozialstaatsprinzip führten zu einem „grundlegend neuen Ansatz in der Sozial- und Gesellschaftspolitik“, so Sozialminister Heiner Geißler damals. „Es geht darum, gemeinsam die soziale Infrastruktur unseres Landes ständig auszubauen und die allgemeinen Lebens- und Umweltbedingungen der Bürger zu verbessern, und zwar für alle Bürger, unabhängig davon, wo sie wohnen.“ Die Solidarität mit den Schwächsten in der Gesellschaft wurde eingefordert, ein breiter, planvoller Ausbau von Kindergärten, Altenheimen, Krankenhäusern, Sportstätten und anderen sozialen Einrichtungen war das Ziel: demgegenüber hatten die damals vonseiten der Landräte schon geäußerten Finanzierungsorgen zurückzutreten. Wer heute in Kenntnis der Probleme unserer sozialen Sicherungssysteme die Broschüren und Rechenschaftsberichte des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums liest, fühlt sich bisweilen in ein Traumland versetzt, so viel wurde im zeittypischen ungebrochenen Glauben an die Planbarkeit politischen Handelns und mit dem Rückenwind einer Anfang der 70er Jahre noch sprudelnden Konjunktur in Jugend- und Altenplänen, Krankenhaus- und „Goldenen Sportplänen“ angedacht. Auch die berühmte „Sozialstation“ entstand damals als rheinland-pfälzisches Projekt, das vor allem von der Sozialpolitikerin Susanne Hermans nach amerikanischem Vorbild initiiert wurde.

Wenn auch längst nicht alles umgesetzt werden konnte, was damals projiziert wurde, so ist doch nicht zu übersehen, dass diese Arbeit das Gesicht des Landes nachhaltig verändert, insbesondere auch dem Leben auf dem Land in den strukturschwachen Gebieten von Rheinland-Pfalz ein ganz anderes Gepräge gegeben hat. Dabei war Heiner Geißler der Ausbau der Kindergärten ein besonderes Anliegen, denn schon damals war klar, dass die Schaffung von Chancengleichheit für alle Kinder im Kindergartenalter ansetzen musste. Darum verabschiedete der rheinland-pfälzische Landtag im Juli 1970 das bundesweit erste Kindergartengesetz, das eine drastische Erhöhung der Zahl der Kindergartenplätze wie auch eine bessere Ausbildung der Erzieherinnen

anstrebte. Im Zuge dieser Maßnahmen verfünffachten sich bereits zwischen 1967 und 1971 die staatlichen Investitionen in diesem Bereich.

c. Wirtschaftsförderung

Zentral wichtig für ein Land mit einer so schlechten ökonomischen Ausgangsbasis wie Rheinland-Pfalz war natürlich eine intensive Verkehrs- und Wirtschaftsförderungspolitik. Die entscheidende Wende dürfte hier durch die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft herbeigeführt worden sein: über Nacht wurde aus dem Grenzland Rheinland-Pfalz mit allen politischen und wirtschaftlichen Nachteilen, die diese Lage geradezu zwangsläufig hatte, ein europäisches Kernland. Das barg ungeheure wirtschaftliche Entwicklungschancen, für deren Nutzung allerdings eine hinlängliche Infrastruktur, vor allem gute Verkehrswege Voraussetzung waren. Schon die Altmeier-Regierung hatte an einer Verbesserung der Verkehrswege gearbeitet, dabei zunächst aber in Verkennung der Potentiale der individuellen Motorisierung zunächst noch auf einen Ausbau des Schienennetzes gesetzt. Es war dann vor allem Wirtschaftsminister Heinrich Holkenbrink, der den planmäßigen Ausbau der Fernstraßen in Rheinland-Pfalz bis weit in die 1980er Jahre vorangetrieben und damit ganz wesentlich zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz beigetragen hat. Einen zentralen Baustein in seinem Verkehrswegekonzept stellte dabei der lückenlose Ausbau der A 61 dar, die 1967 begonnen, 1975 fertig gestellt wurde und Rheinland-Pfalz im Wortsinne „erfahrbar“ gemacht hat.

Vor diesem Hintergrund holte Rheinland-Pfalz auf, mauserte sich vom Land der „Reben und Rüben“ zum respektablen Wirtschaftsstandort. Zunächst zog der Handel mit den direkten Nachbarländern Belgien, Luxemburg und vor allem Frankreich an. In den frühen 1960er Jahren hatte man das Mittelfeld im bundesdeutschen Wirtschaftsvergleich erreicht. Mitte und Ende der 1960er Jahre zog Rheinland-Pfalz auch die Automobilindustrie an, die sich gerade in strukturschwachen Gebieten oder Randlagen niederließ. Die Politik hat diesen Aufschwung mit Fördermaßnahmen unterstützt, um insbesondere der mittelständischen Industrie

eine Partizipation am Exportgeschäft, das die rheinland-pfälzische Wirtschaft bald schon bestimmte, zu ermöglichen. 1983 hatte man schließlich mit 34,4% die höchste Exportquote aller deutschen Bundesländer erreicht.

d. Schulpolitik

Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Landesentwicklung wurde schließlich sehr früh schon die Modernisierung des Schulsystems erkannt. Die bei der Abstimmung über die Verfassung mit beschlossene rheinland-pfälzische Konfessionsschule war eine Last der Gründungszeit, die abzuschütteln außerordentlich schwer fallen musste, nicht zuletzt auch, weil Ministerpräsident Altmeier nach wie vor energisch an ihr festhielt. Doch die zahlreichen Zwergschulen vermochten längst nicht mehr jenes Niveau zeitgemäßer Bildung zu erreichen, dessen Rheinland-Pfalz für seine Fortentwicklung bedurfte. Der von den Kultusministern der Länder 1965 einberufene Deutsche Bildungsrat gab auch für Rheinland-Pfalz das Signal zur Veränderung, die sich auf das Engste mit dem Namen des damaligen Kultusministers Bernhard Vogel verband. 1967 und 1970 fanden die entscheidenden Verfassungsänderungen statt, die die christliche Simultanschule zur Regelschule machten und auch die Lehrerbildung aus konfessionellen Bindungen löste. Der Kultusminister und seine Staatssekretärin Hanna-Renate Laurien waren mit dieser Politik z.T. heftigen Angriffen ausgesetzt. Zu einem Bruch mit der Kirche, insbesondere der katholischen Kirche, ist es jedoch nicht gekommen, vermutlich weil hier das Ende 1968 eingerichtete katholische Büro der fünf Rheinland-Pfalz tangierenden Diözesen als Clearingstelle wirken konnte.

Was nun kam, war das bis heute bekannte gegliederte Schulsystem, war die vermehrte Einführung der Realschule, deren Zahl bis 1975 verdreifacht wurde. Auch die Oberstufe des Gymnasiums wurde reformiert, hier ist sicherlich noch die Mainzer Studienstufe in Erinnerung, mit der Kultusminister Vogel von den Abiturienten drei statt wie in anderen Bundesländern zwei Leistungskurse verlangte.

Bemerkenswert erscheint aus heutiger Sicht, wie vor dem Hintergrund einer prosperierenden Wirtschaft direkt auch die Konsequenzen aus dem Reformprogramm gezogen wurden: neue Schulen, gerade auch für geistig und körperlich behinderte Kinder, aber auch die Erweiterung des Hochschulwesens durch die Neu- bzw. Wiedergründung der Hochschulen in Kaiserslautern und Trier bzw. den Ausbau der Hochschule in Koblenz-Landau.

III

Die 1980er Jahre

Nimmt man alles zusammen, so lässt sich schon an diesen wenigen Beispielen aus der Verwaltungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Schulpolitik der enorme Schwung, der Reform- und Modernisierungseifer nachempfinden, der in den 1970er Jahren die Regierungen Kohl und Vogel ganz wesentlich bestimmt hat. Dabei war beiden Ministerpräsidenten klar, dass große Reformvorhaben nur mit einer über die eigenen Parteigrenzen hinausreichenden politischen Mehrheit zu bewältigen waren: und auch hier setzte z.B. Helmut Kohl neue Maßstäbe, indem er auch die sozialdemokratischen Pfeifenraucher Jockel Fuchs und Karl Thorwirth im viel zitierten „Pfeiffenkabinett“ zur Beratung der großen Reformvorhaben hinzuzog.

Bald jedoch sollten dieser atemberaubenden Modernisierungswelle enge Grenzen gesetzt werden. Schon die erste Ölkrise 1973, dann aber auch die zweite 1979, auf die eine wirtschaftliche Rezessionsphase 1981/82 folgte, ließen erkennbar werden, dass die Zeiten des scheinbar unbremsten Wachstums, stetig steigender Prosperität und der Vollbeschäftigung nicht endlos sein würden. Es begann, wie Eric Hobsbawm das genannt hat, die „Ära der langfristigen Schwierigkeiten“. Das wirtschaftliche, aber auch das politische und gesellschaftliche Umfeld fingen an, sich zu ändern und so wurden schließlich die Endsiebziger- und die 80er Jahre bei aller Kontinuität und Berechenbarkeit, die die rheinland-pfälzische Politik seit jeher auszeichneten,

auch Zeiten eines immer spürbareren Wandels. Andreas Wirsching spricht in seiner Studie über die 80er Jahre in Deutschland geradezu davon, dass diese Zeit der „archimedische Punkt eines umfassenden ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandels“ gewesen sei. „Strukturwandel“: das war schlechthin das Schlagwort der 80er Jahre. Manche Bundesländer traf dieser Strukturwandel weit härter als Rheinland-Pfalz – man denke nur an die Kohle- und Stahlindustrie im Saarland oder in Nordrhein-Westfalen. Aber auch hier zeichnete sich allmählich Wandel im Gefüge der modernen Industriegesellschaft ab, etwa durch den Übergang zur postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft oder auch durch krisenhafte Erscheinungen in der Landwirtschaft. Für die dadurch ausgelösten Veränderungsprozesse gibt es eine Reihe von Indikatoren, nur zwei seien genannt:

Obwohl sich nach 1983 ein wirtschaftlicher Aufschwung bemerkbar machte, blieb die Investitionsquote niedrig und führte daher kaum zu einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. In der langfristigen ökonomischen Perspektive wurden daher die 80er Jahre zu einer Zeit der chronischen Wachstumschwäche. Man sprach vom „Aufschwung ohne Arbeit“ und versuchte durch Hilfen zum Strukturwandel und durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes die Entwicklung sozialpolitisch abzufedern. Diesen allgemeinen Trend bekam auch Rheinland-Pfalz zu spüren: 1985 zählte man hier knapp 125.000 Arbeitslose, fast 75.000 mehr als noch fünf Jahre zuvor. Der demographische Wandel, seit den 1970er Jahren im Gang, wurde in seinen politischen Folgewirkungen mehr und mehr bewusst. Wie ein *ceterum censeo* begann nun z.B. der rheinland-pfälzische Landtagspräsident Volkert in seinen Reden darauf hinzuweisen, mahnte Sparsamkeit der öffentlichen Hand an, sprach davon, dass man den Gürtel enger schnallen müsse, den Sozialstaat nicht weiter ausbauen könne.

Die Regierung Vogel hat sich dieser Entwicklung mit Mitteln entgegengestemmt, die bis zum heutigen Tage die politische Diskussion

bestimmen. Sie hat stets auf eine solide Finanzpolitik gesetzt, die Carl Ludwig Wagner als Finanzminister umgesetzt hat. Sie betrieb schon damals Deregulierung und hat z.B. im Zeitraum von 1980 bis 1982 die Zahl wirtschaftshemmender Verwaltungsvorschriften in Rheinland-Pfalz von rund 6.000 auf 1.100 verringert. Auch die Privatisierung staatlicher Aufgaben war damals schon ein Thema. Nicht zuletzt in diesem Kontext ist auch die Förderung des Kabelpilotprojektes Ludwigshafen zu sehen, dem später so genannten medienpolitischen „Urknall“, mit dem in guter rheinland-pfälzischer Tradition die neuen Chancen des technisch geöffneten Medienmarktes genutzt werden sollten. Rheinland-Pfalz zog das Projekt durch, obwohl viele den kulturellen und ökonomischen Nutzen des Vorhabens bezweifelten und der Verlust von Arbeitsplätzen bei den öffentlich-rechtlichen Sendern vorausgesagt wurde. Ministerpräsident Bernhard Vogel verteidigte dagegen das Vorhaben, aus medienpolitischen, aber nicht zuletzt auch aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus. Und er behielt Recht, wie wir heute sehen, wenngleich die erhofften wirtschaftlichen Wirkungen für Rheinland-Pfalz wohl geringer ausfielen als gedacht.

Auch der Export als das Standbein der rheinland-pfälzischen Wirtschaft wurde weiter gefördert, mit den Wachstumsmärkten im Fernen Osten zunehmend Kontakt angebahnt: hier war es wieder Carl Ludwig Wagner, der Wege ebnete, die freilich angesichts des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 politisch ins Zwielficht gerieten.

In dieser ökonomisch schwierigen Situation begann zugleich – dies wäre ein zweiter Indikator – ein gesellschaftlicher Wandel, dessen Fernwirkungen zur Zeit noch nicht überschaubar, noch weniger erforscht sind. Nur so viel ist sicher: Individualisierung, Fragmentierung des politischen Interessenspektrums, aber auch zunehmende Konsumorientierung in weiten Kreisen der Bevölkerung waren bei diesem Vorgang von Bedeutung. Ein Beleg für solche Veränderungen ist das Auftreten einer neuen Partei auch in der rheinland-pfälzischen Landespolitik: die Grünen.

1983 traten die Grünen als Resultat der in den 70er Jahren formierten neuen sozialen Bewegungen wie der Friedens-, Antiatomkraft-, Naturschutz- und Frauenrechtsbewegung zum ersten Mal bei einer rheinland-pfälzischen Landtagswahl an und verfehlten mit 4,5% der Stimmen nur knapp den Einzug in den Landtag, der bei der nächsten Wahl 1987 dann aber gelang. Für viele, insbesondere in der CDU waren die Grünen mit ihren basisdemokratischen Ansichten und ihrem scheinbar noch ungeklärten Verhältnis zum Staat und zum Grundgesetz nicht nur ein politischer Gegner, sondern auch eine Gefahr für die Demokratie. Sie wurden mit aller Schärfe bekämpft, einer Schärfe, die die Grünen auf ihre Art in gleicher Münze zurückzahlten. Die Vorbehalte im bürgerlichen Lager verstärkten sich umso mehr, als sich bei den Grünen ein reichlich heterogenes, diffuses Protestpotential sammelte: der Protest gegen die bisherige Wirtschafts-, vor allem Verkehrspolitik, gegen die Atomkraft, insbesondere nach dem großen Unfall in Tschernobyl, der dann der Ablehnung des rheinland-pfälzischen, auf unsicherem geologischen Terrain erbauten AKWs in Mühlheim-Kärlich weitere Nahrung gab. Vor allem aber fand auch der Protest gegen die Präsenz der amerikanischen Soldaten, gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluss, gegen Atomraketen und Giftgaslager in der Pfalz hier politischen Ausdruck. Das Hunsrückdörfchen Hasselbach, wo Pershing-Raketen stationiert werden sollten, wurde zu einem Schwerpunkt der gegen die Nachrüstung gerichteten Proteste. Hatten die Rheinland-Pfälzer seit den 1960er Jahren vor allem die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen der Stationierung schätzen gelernt, so wurde die Haltung in Rheinland-Pfalz, dem „Flugzeugträger der NATO“, nun zunehmend distanzierter, wollte man im atomaren Wettrüsten immer weniger zum Leidtragenden der Entwicklung des Kalten Krieges werden. Der Liberale Rainer Brüderle hat diese Stimmung einmal wohl recht treffend eingefangen. Seiner Ansicht nach wollten die Rheinland-Pfälzer „in einer Welt Gary Coopers nicht länger die Indianer sein.“ Die Erklärung von Gemeinden zu atomwaffenfreien Zonen mochte manch einer belächeln und doch waren sie Ausdruck dieses Wandels. Vor diesem

Hintergrund wurde am Ende der große Flugunfall in Ramstein 1988, bei dem 70 Menschen ums Leben kamen, eine große menschliche Tragödie und zugleich auch ein weiteres belastendes Moment im deutsch-amerikanischen Verhältnis.

Vermutlich ist in solchen hier nur ansatzweise skizzierten gesellschaftlich-politischen Veränderungen die eigentliche, tiefere Ursache für das Ende der CDU-Dominanz in Rheinland-Pfalz zu suchen, die sich Ende der 1980er Jahre anbahnte. Neue Interessenlagen, neue politische Schwerpunkte bestimmten den Zeitgeist, durchlöchernten immer mehr die ohnehin erodierten Milieus und am Ende auch die traditionelle Wählerbasis der CDU. Die Wahlanalysen dieser Zeit legen jedenfalls diesen Schluss nahe. Nach Außen hin war es ein öffentlich ausgetragener innerparteilicher Dissens über eine Erneuerung der Partei, mit dem sich der Fraktionsvorsitzende der CDU, Hans-Otto Wilhelm, zunehmend gegen Ministerpräsident Vogel stellte. Und die Niederlage in der Landtagswahl 1987, bei der die CDU knapp 7 % der Wählerstimmen einbüßte, die absolute Mehrheit verlor und nun mit der FDP koalieren musste, schien ihm Recht zu geben. Es fehlte den Opponenten jedoch an einem schlagkräftigen, zukunftsweisenden Konzept, und als Bernhard Vogel 1988 nach der Niederlage bei der Abstimmung um den rheinland-pfälzischen Parteivorsitz auch als Ministerpräsident zurücktrat, geriet die CDU in ernste Schwierigkeiten.

Carl Ludwig Wagner hat sich damals in die Pflicht nehmen lassen, und übernahm in dieser äußerst schwierigen Situation das Ministerpräsidentenamt neben Wilhelm als Parteivorsitzendem. „Ich würde das heute nicht mehr machen“, kommentierte er Jahre später diese unglückliche Lösung. „Ich kann nur sagen, es ist besser, wenn beide Ämter in einer Hand sind. Sonst ist Voraussetzung, dass es ein sehr gutes Einvernehmen zwischen den beiden Akteuren gibt, und das war bei uns in Rheinland-Pfalz nicht so“. Helmut Kohl hat in seiner Autobiographie diesen Vorgang als nichts weniger denn „Dummheit der eigenen Partei“ qualifiziert, die die CDU mit dem Verlust der Regierun-

fähigkeit in Rheinland-Pfalz bezahlt habe. Carl Ludwig Wagners intensives Bemühen um eine solide Regierungsweise, die sich mehr durch Sachlichkeit denn durch Medienwirksamkeit auszeichnete, war vor diesem Hintergrund vergeblich. Die Landtagswahl 1991 hat dies bestätigt und nach über 40 Jahren der SPD erstmals die Regierungsbildung ermöglicht. Dabei wird freilich nicht zu übersehen sein, dass die bundespolitischen Rahmenbedingungen bei diesem Wahlkampf eine wichtige Rolle gespielt haben: anders lautenden Versprechungen entgegen wurden Steuern zur Deckung der Kosten der deutschen Einheit erhöht. Daraufhin konnte die SPD überall im Land plakatieren „Wer so lügt, den wählt man nicht!“

IV

Resümee

Nimmt man alles zusammen, so stellen sich die 70er und 80er Jahre in Rheinland-Pfalz sehr ambivalent dar. Ein großer Reformaufbruch in den 70er Jahren, der Rheinland-Pfalz weit vorgebracht hat, das Aussehen des Landes gleichsam neu geschaffen hat. Ein Aufbruch freilich, in dem viele unserer heutigen Probleme, man denke etwa an die Probleme des Sozialstaates, bereits angelegt sind. Die 80er Jahre wiederum als Entstehungszeit jener „langfristigen Schwierigkeiten“ auf ökonomischem Gebiet, jener tiefgreifenden Veränderungen auf gesellschaftlichem Gebiet, die unsere heutige Situation noch mit bestimmen. Zugleich auch eine Zeit, in der versucht wurde, neue Lösungsansätze für diese Probleme zu etablieren. Viele der Bahnen, in denen sich das Land heute bewegt, sind damals vorgezeichnet worden.

**Rheinland-Pfalz unter den sozialliberalen Regierungen
Rudolf Scharping und Kurt Beck**

**Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe „60 Jahre Rheinland-Pfalz.
Rückblenden“ am 17. April 2007 im Landtag Rheinland-Pfalz**

Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli

Zäsuren in der historisch betrachtet ja eigentlich noch recht kurzen, 60jährigen rheinland-pfälzischen Landesgeschichte zu definieren, sei, wenn man es genauer betrachte, gar nicht so einfach. Das vermerkte Kollege Kißener am Anfang seines Vortrages im Dezember vergangenen Jahres mit Blick auf die Regierungen Kohl, Vogel und Wagner. – Dem kann ich nur zustimmen. Die historiographische Rückschau erscheint mir umso gewagter, je mehr wir uns der Gegenwart nähern. Es fehlt der gebotene zeitliche Abstand, der für eine seriöse Auswertung von Quellen und Sekundäranalysen notwendig ist. Ganz abgesehen davon, dass es zu dem Thema, mit dem wir uns heute befassen, nur vereinzelte Fachbeiträge, aber keine relevanten größeren Untersuchungen gibt. Ich komme deshalb nicht umhin, eingangs ein gewisses Unwohlsein zu artikulieren. Aufgetragen wurde mir eine Art Operation am lebenden Objekt. Dabei stelle ich mir vor, wie sich ein Arzt fühlen muss, der einen ‚Patienten‘ operiert. Der heutige ‚Patient‘ (mit Anführungsstrichen) ist nicht einmal örtlich betäubt. Wie es scheint, ist er putzmunter. Und er verfolgt jeden Handgriff mit, um dann anschließend auch noch die ganze Operation kritisch zu kommentieren. Es ist mir zwar eine große Ehre, hier gerade auch in Anwesenheit des Ministerpräsidenten unseres Landes sprechen zu dürfen. Aber – offen gestanden – so ganz behaglich, meine sehr verehrten Damen und Herrn, ist mir dabei nicht.

Die Frage wurde mir gestellt, ob die sozialliberalen Regierungen unter Rudolf Scharping und Kurt Beck den Beginn einer neuen Ära anzeigen.

Nun steht der aus dem Lateinischen abgeleitete Begriff Ära eigentlich für „Zeitrechnung“ oder „neues Zeitalter“. Das scheint mir dann doch zu dick aufgetragen, zumal Machtwechsel in der Demokratie zur Normalität des politischen Prozesses gehören. Aber halten wir uns nicht mit theoretischen Begriffsanalysen auf. Ich will mich der mir gestellten Frage unter drei Gesichtspunkten, die für eine politische „Ära“ (in Anführungsstrichen) entscheidend sind, nähern:

I) Unter den Gesichtspunkten des Machtwechsels, II) des Politikwechsels und III) des Personalwechsels.

I

Der Machtwechsel

Machtwechsel begründen nicht gleich eine neue politische Ära, geben aber neuen politischen Mehrheiten die Chance, alternative Politikentwürfe zu realisieren. Wie kam es zum Machtverlust der Union bei der Landtagswahl im Jahre 1991, nach 44-jähriger CDU-Dominanz im Lande? Hier ist ein Bündel von Faktoren zu nennen, die den politischen Erosionsprozess der Union und den Aufstieg der Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz erklären können. Ich will auf drei zentrale Elemente verweisen: auf strukturelle, d.h. gesellschaftliche und übergreifend politische Wandlungsprozesse; auf eigene Fehler und auf Leistungen des politischen Gegners.

Das Ende politischer Hegemonie

Die „ewige Regierungspartei“, so charakterisierte Peter Haungs einmal die rheinland-pfälzische CDU, verlor bereits in den 80er Jahren gerade *in dem* Bevölkerungsteil an politischem Rückhalt, der ihr über Jahrzehnte eine Hauptstütze war. Ich meine das katholisch-ländliche Milieu. Auch Rheinland-Pfalz durchwehte der frische Wind eines gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses. Individualisierung, Säkularisierung und Wertewandel fanden ihren Ausdruck in veränderten Einstellungen, Lebensstilen und Wählerpräferenzen. Kirchenbindungen lockerten sich. Eine gewisse konfessionelle Polarisierung ist zwar bis in die Ge-

genwart hinein noch messbar. Das ändert aber nichts daran, dass die Konfessionszugehörigkeit für die politisch-weltanschauliche Grundorientierung an Bedeutung verloren hat. Die Union, gewöhnt an langjährige Regierungsverantwortung, wusste diesen gesellschaftlichen Wandlungsprozess personell und programmatisch nicht zu nutzen. Deshalb machte die abnehmende Bindungs- und Mobilisierungskraft des Konfessionsgegensatzes der strukturellen Hegemonie der rheinland-pfälzischen CDU ein Ende. Zugleich war dies die Chance für den Aufstieg der Sozialdemokratie. Die politische Stimmung hatte sich zugunsten eines Wechsels im Lande verändert. Mit entscheidend dafür war auch die veränderte politische Großwetterlage. Die Anfangseuphorie über den Fall von Mauer und Stacheldraht und die Freude über die deutsche Einheit waren bald verfliegen. Man bekam allmählich eine Ahnung von den finanziellen Lasten der deutschen Einheit. Wenige Monate vor der Landtagswahl im April 1991 hatte die Bundesregierung entgegen ihren Ankündigungen im Bundestagswahlkampf unpopuläre Steuerbeschlüsse gefasst. Die Landtagswahl bot sich deshalb als politischer Stimmungstest über die „Steuerlüge“ geradezu an.

Zu den langfristigen sozialstrukturellen Entwicklungen und bundespolitischen Rahmenbedingungen kam noch die Selbstdemontage der Union. Nach einem innerparteilichen Machtkampf war Bernhard Vogel als Ministerpräsident auf dem Koblenzer Parteitag 1988 zurückgetreten. Die Partei hatte das nicht verwunden. Und sie hat sich bis heute nicht richtig von diesem politischen Stilbruch erholt. Bei aller innerparteilichen Unzufriedenheit, die es nun mal bei langer Regierungsverantwortung gibt, das Gespür dafür, was man in einem Lande mit einer doch insgesamt sehr moderaten politischen Kultur tun darf und was nicht, war abhanden gekommen. In den Landtagswahlkampf 1991 musste die Union mit einem Tandem ziehen. Diese Doppelspitze, bestehend aus dem Ministerpräsidenten Carl Ludwig Wagner und dem Parteivorsitzenden Hans-Otto Wilhelm, konnte die bewegten Gemüter der Union allenfalls übergangsweise im Zaume halten.

Die zerstrittene und deshalb auch nicht zur notwendigen Mobilisierung fähige Partei hatte aber einen schweren Stand gegenüber einer SPD, die sich im Aufwind sah. Die Sozialdemokraten zogen geschlossen und mit einem „Regierungsteam“ in den Landtagswahlkampf. Dem Spitzenkandidaten Rudolf Scharping war es gelungen, die rheinland-pfälzische Sozialdemokratie zu öffnen und zwei Spitzenmanager aus dem Banken- und Wirtschaftsbereich sowie einen Universitätspräsidenten für seine Regierungsmannschaft zu gewinnen. Programmatisch und vor allem politisch-ideologisch lagen die beiden großen Parteien allerdings gar nicht *so weit* auseinander. Aber im politischen Abendrot einer langen Unionsherrschaft vermittelte die Mannschaft hinter dem jungen Spitzenkandidaten der SPD personelle Kompetenz, Geschlossenheit und Solidität. Vor allem verband sich mit dieser Mannschaft eine Aufbruchstimmung. Zwar war das Interesse der Bevölkerung am Landtagswahlkampf 1991 nicht übermäßig groß. Dennoch: Die SPD wurde mit knapp 45 Prozent der Zweitstimmen zum ersten Mal stärkste politische Kraft im Lande.

Die neue politische Mehrheit

Zur Mehrheitsbildung brauchte der Wahlsieger einen Koalitionspartner. Zwei standen zur Auswahl, zumindest theoretisch. Rudolf Scharping führte mit beiden Koalitionsverhandlungen. Im Nachhinein hat man das als klugen Schachzug interpretiert. Aber eigentlich kamen die Grünen nicht in Frage. Das waren Vertreter einer doch eher fremden politischen Kultur, zu wenig bodenständig, zu sprunghaft, wenig berechenbar, vor allem aber in Stil und Umgangsformen der rheinland-pfälzischen Sozialdemokratie einfach fremd. „Grün sind wir selbst“, soll Scharping einmal gesagt haben. Den Grünen wurde schließlich nach vielen Verhandlungsstunden eine lange Dissensliste vorgehalten. Die Sozialdemokraten konnten sich im Grunde nur die regierungserfahrenen Liberalen als verlässliche Koalitionspartner vorstellen. Dieses politische Bündnis zwischen SPD und FDP hielt bis zum Erreichen der absoluten Mehrheit der SPD bei der letzten Landtagswahl im März

2006. Ein Bündnis, das nach innen disziplinierende Wirkung entfalten und die Flügel zusammenzuhalten half.

Wenn man verstehen will, warum die Sozialdemokratie inzwischen rund 16 Jahre in Rheinland-Pfalz in der Regierungsverantwortung steht, dann lohnt es, gerade die Jahre vor und nach 1991 etwas näher in den Blick zunehmen. Hier liegt m.E. einer der strategischen Schlüssel, über den sich erschließt, warum aus der strukturellen Hegemonie der Union in Rheinland-Pfalz ein strategischer Vorteil zugunsten der Sozialdemokratie geworden ist – zumindest gegenwärtig; ein Vorteil, der schließlich in der Landtagswahl 2006 unter Kurt Beck im Gewinn der absoluten Mehrheit gipfelte.

Es erscheint wie eine Ironie der Geschichte, dass die CDU in der Opposition heute mit eben den gleichen innerparteilichen Problemen zu kämpfen hat, welche die SPD in den Jahren vor ihrem ersten Wahlsieg 1991 überwinden konnte. Das betrifft die Führungsfrage, die Parteiorganisation und die strategische Ausrichtung der Partei. Nach zahlreichen Führungswechseln im Landesvorsitz, in der Führung der Landtagsfraktion und in der Spitzenkandidatur bei den Landtagswahlen – die Namen reichen von Wilhelm Dröscher über Hans Schweitzer, Karl Thorwirth, Klaus von Dohnanyi, Werner Klein und Hugo Brandt – hatte sich der gerade mal 38 Jahre junge Rudolf Scharping 1985 an die Spitze der rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten hoch gearbeitet. Ein neuer Politikertyp aus der ‚Schule‘ des legendären Parteivaters Wilhelm Dröscher. Schon während und dann nach dem Studium lebte Rudolf Scharping politisch aktiv ganz für die Politik, in der Politik und auch von der Politik. Er war der personelle Gegenentwurf zu Ministerpräsidentenpersönlichkeiten vom Schlage eines Peter Altmeier, Helmut Kohl oder Bernhard Vogel. Doch was ihm an politischem Charisma abging, wusste er durch seinen unpräzisen sportlich-jugendlichen Stil, durch politischen Scharfsinn, Bürgernähe sowie durch immensen Fleiß, Zähigkeit und Pflichtbewusstsein auszugleichen.

Unter seiner Führung gelang es, den blockierenden „Organisations-egoismus der (SPD-)„Bezirksfürsten““ zu brechen und die Partei auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner einzuschwören. Der Landesverband entwickelte sich zum politischen Machtzentrum über den Bezirken. Auch richtungspolitisch konnte Scharping den Traditionsflügel der Partei mit der gemäßigten Linken auf eine gemeinsame Linie einschwören. Unterstützt durch den mit der FDP eingeschlagenen sozialliberalen Koalitionskurs gelang es ihm, seine Partei mit der Mitte der Gesellschaft zu versöhnen und sie auf einen „Kurs gemäßigter bürgerlicher Modernisierung“ zu verpflichten. Dem freidemokratischen Koalitionspartner unter Führung des wendigen Rainer Brüderle wurde neben dem Justizressort das Wirtschaftsministerium belassen. Auch dies trug dazu bei, dass mögliche Reserven aus der Wirtschaft gegenüber einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung schnell ab- und Vertrauen aufgebaut werden konnten. – Nehmen Sie meine Anmerkungen zur seinerzeitigen Entwicklung der Landes-SPD parteipolitisch quasi spiegelverkehrt, so ist schon eine Menge ausgesagt über die Ursachen der politischen Niederlagen der Union auf Landesebene, bis in die Gegenwart.

Rudolf Scharping: Ministerpräsident im Übergang

Rudolf Scharpings Regierungszeit als Ministerpräsident war zu kurz, um eine sachpolitische Bilanz zu ziehen. Vieles wurde mit dem Regierungswechsel angestoßen, was dann aber unter den Regierungen des Ministerpräsidenten Kurt Beck erst voll zur Wirkung kam und weiterentwickelt werden konnte. Rudolf Scharpings Verdienst bleibt es, trotz des eher tragikomischen Endes seiner bundespolitischen Karriere, den Wechsel möglich gemacht und die Sozialdemokratie überhaupt in die Regierungsverantwortung gebracht zu haben. Der erste sozial-demokratische Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz war knapp dreieinhalb Jahre im Amt.

Warum aber kam es überhaupt zum Wechsel von Scharping zu Beck? Bekanntlich sind Landesregierungen gute ‚Trainingslager‘ für bundes-

politische Führungsämter. Rheinland-Pfalz scheint dabei ein besonders fruchtbarer Acker für die Rekrutierung von Spitzenpersonal zu sein. Helmut Kohl hat hier erfolgreich ‚trainiert‘. Man könnte noch Roman Herzog, Klaus von Dohnanyi, Richard von Weizsäcker und viele andere mit dem Land verbundene Namen nennen. Und ob Rheinland-Pfalz für Kurt Beck ein bundespolitisches Trainingslager ist, wird sich noch zeigen. Jedenfalls galt damals und gilt heute, was man in der Fußballersprache so ausdrücken könnte: Ministerpräsidenten sind die Spielführer in ihrer Landesliga. Aber sie spielen über den Bundesrat und über die Zugehörigkeit zu den Führungsgremien ihrer Partei auch in der politischen Bundesliga. Die Mannschaftsaufstellung auf der Bundesebene ist nicht so klar wie im Land. Man konkurriert als „Roter“ nicht nur mit den „Schwarzen“. Nicht selten spielen auch die „Roten“ und „Schwarzen“ jeweils gegeneinander. Das gilt heute genauso wie in den 90er Jahren.

Wir sind im Jahre 1993. Was war passiert? Ziemlich unverhofft kommt die Bundes-SPD in eine Führungskrise. In der Spätfolge der Barschel-Affäre legt Björn Engholm im Mai 1993 alle politischen Ämter nieder. Das Amt des SPD-Vorsitzenden ist neu zu besetzen. Rudolf Scharping gehört zum Kreis der Kandidaten. Er hatte schon bei wesentlichen Entscheidungen in Bonn sein bundespolitisches Gewicht in die Waagschale geworfen; so bei der Aushandlung des Solidarpakts zur Finanzierung der deutschen Einheit, bei der Einführung der Pflegeversicherung und bei der Neuregelung des Asylrechts. Scharping gewinnt schließlich eine konsultative Mitgliederbefragung vor Gerhard Schröder und Heidemarie Wieczorek-Zeul und wird auf dem Essener Parteitag im Juni 1993 zum Bundesvorsitzenden der SPD gewählt. Das Bundestagswahljahr 1994 steht vor der Tür und schnell zeichnet sich ab, dass dem Land – unabhängig vom Ausgang der Wahl – ein Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten bevorsteht. Nach der verlorenen Bundestagswahl im Oktober 1994 bleibt Scharping schließlich als Oppositionsführer in Bonn.

Am 26. Oktober 1994 übernimmt der parlamentarisch erfahrene Fraktionsvorsitzende Kurt Beck das Amt des Ministerpräsidenten. Kontinuität ist angesagt. Das Kabinett bleibt – bis auf zwei Umbesetzungen – unverändert. Erst mit der neuen Legislatur ab Mai 1996 gibt es ein größeres Revirement mit der Zusammenlegung von Bildungs- und Wissenschaftsministerium, mit der Integration des Frauenministeriums in ein Ministerium für Kultur, Jugend und Familie. Und schließlich wird das Landwirtschafts- mit dem Wirtschaftsministerium verbunden. Dem traditionsverhafteten Weinbau wollte man in der Verbindung mit der Wirtschaftspolitik eine Modernisierungskur verpassen. Alles nicht ganz leichte Operationen, was ihre Durchsetzung in der eigenen Partei und beim Koalitionspartner anbelangt. Letztlich ging es dabei nicht nur um eine Verschlinkung des Kabinetts, sondern auch um eine strukturpolitische Entscheidung. Die Frauenpolitik sollte in einem gestaltenden, mit Handlungskompetenzen ausgestatteten Ministerium eine neue Perspektive erhalten.

II

Politikwechsel: Sozialliberale Landespolitik

Vieles in der Politik kann man planen. Man kann Ziele formulieren, Szenarien erfinden und politische Programme aufstellen. Immer ist demokratische Politik aber Handeln unter Ungewissheit, mit begrenzten finanziellen Spielräumen und letztlich auf die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Vieles wird schnell zur Routine. Und insofern verbürgt der demokratische Rechtsstaat auch bei einem Machtwechsel Kontinuität. Systembrüche sind in der parlamentarischen Demokratie nicht gewollt; ganz abgesehen davon, dass dazu die finanziellen Spielräume gerade auf landespolitischer Ebene fehlen. Dennoch: Politik heißt immer auch Entscheiden über Noch-nicht-Entschiedenes, heißt Auswahl zwischen Möglichkeiten, heißt Prioritätensetzung. Dabei gibt der institutionelle Rahmen, landespolitisch, national und international einen gewissen „Handlungskorridor“ (Scharpf) vor.

Die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen sahen sich in der Tradition einer auf Solidarität und Gerechtigkeit, auf Mitbestimmung und Modernität ausgerichteten Reformpolitik. Sie setzten in der Umwelt-, Frauen- und Familienpolitik neue Akzente und verstanden das Ökologische und das Kulturelle, das Soziale und das Liberale als gleichberechtigte Grundlagen ihrer Politik (Regierungserklärung 1991). „Politik nah bei den Menschen“ war dabei ein Leitmotiv. Und es ist, wenn ich es richtig sehe, auch heute noch ein Leitmotiv des Regierungshandelns ebenso.

Was waren nun die neuen Akzente und Arbeitsschwerpunkte der sozialliberalen Koalitionen in Rheinland-Pfalz? Wie schon gesagt, es waren keine revolutionären politischen Umschwünge. So etwas würde von den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz auch nicht goutiert. In der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Rechtspolitik setzte man mit den beiden FDP-Ministern aus der vorherigen Landesregierung ganz auf Kontinuität. Dennoch: Landespolitisch war durchaus ein Modernisierungsschub unverkennbar. Ich will und kann hier keine ressortspezifische Bilanz vorlegen, sondern zusammenfassend nur auf einige Schwerpunkte der politischen Arbeit der sozialliberalen Landesregierungen verweisen.

Die Gesellschaftspolitik

Gesellschaftspolitisch wurden vor allem in der Frauen-, Familien- und Sozialpolitik neue Akzente gesetzt. Ministerpräsident Scharping hatte mit der Einrichtung eines eigenen Frauenministeriums Flagge in Sachen Frauenförderung gezeigt. „Gleichstellung“ hieß das neue Zauberwort, eine umfassende politische Querschnittsaufgabe, die unter Kurt Beck in einem Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen fortgesetzt wurde. Das betraf Maßnahmen für verschiedene Lebensbereiche, für Ausbildung und Studium, für Arbeitsmarkt und Beruf, für Familie und Karriere. Was uns heute als selbstverständlich erscheint, war in einem traditionell eher konservativ gestimmten Land wie

Rheinland-Pfalz nicht ohne Kritik und Konflikte durchzusetzen. Heute wissen wir, wie langfristig solche gesellschaftspolitischen Entscheidungen wirken. – Sie haben sicherlich vor gut einer Woche die Meldungen über eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung wahrgenommen. Danach soll das Altersruhegeld von Neu-Rentnern in den Städten und Landkreisen im bundesweiten Vergleich nur im Saarland kleiner sein als in Rheinland-Pfalz. (Rheinpfalz, 7.4.2007) Die Ursachen sind einfach zu erklären. Lange Zeit wurde auch hierzulande eine Familien- und Frauenpolitik vertreten, die nun nach Jahrzehnten offenbar dazu führt, dass die Rentenansprüche gerade der Frauen aufgrund einer nicht vorhandenen oder nur sehr kurzen Erwerbsbiographie im bundesweiten Vergleich eher bescheiden sind.

Zu diesen politisch vermeintlich weichen, gesellschaftspolitisch gleichwohl langfristig wirkenden Reformen kamen bildungs- und kulturpolitische Akzente.

Bildungs- und Kulturpolitik

Mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, damals ein republikweites Novum, wurde an die sozialpolitisch progressive Tradition des Landes angeknüpft. Rheinland-Pfalz konnte in der zweiten Hälfte der 90er Jahre unter den westdeutschen Ländern den höchsten Versorgungsgrad an Kindergartenplätzen vorweisen. Mit dem Label „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ verbanden sich eine Reihe von Initiativen, wie etwa den Kinder- und Jugendkonferenzen, mit denen der Ministerpräsident auch symbolisch die Teilhaberechte von Kindern und Jugendlichen zum Ausdruck brachte und bringt. Bildungspolitisch wurden u.a. durch die Bereitstellung neuer Lehrerstellen, durch verbesserte Durchlässigkeit und Zugangsmöglichkeiten im Bildungswesen sowie erstmals durch ein Bildungsfreistellungsgesetz neue Akzente gesetzt. Die sozialliberale Landesregierung trieb die Einrichtung und Förderung von Ganztagschulen wie dann auch später die Ganztagsbetreuung an den Kindertagesstätten im Lande voran. In beidem übernahm das Land eine gewisse Vorreiterrolle. Inzwischen und vor allem

nach PISA gehören Ganztagschulen und Kindertagesstätten zum bildungsprogrammatischen Themenhaushalt aller demokratischen Parteien. Die liberale Handschrift ist wohl in der Einrichtung von Hochbegabenschulen zu erkennen. Bildungspolitisch weithin konsensual ist inzwischen auch, dass die Schulen die Möglichkeit zu mehr Selbständigkeit für die Schulentwicklung bekommen. Eingeleitet wurde hier wie in anderen Ländern die Reform der Lehrerbildung. Dies, wie überhaupt der sog. Bologna-Prozess erweist sich – ich erlaube mir als Betroffener diese kleine Spitze – für die ohnedies an der Belastungsgrenze arbeitenden Universitäten und Fachhochschulen als ein zeitraubendes ‚Beschäftigungsprogramm‘.

Ähnlich wie in anderen Bundesländern bündelte die Landesregierung die vielfältigen Kulturinitiativen in einem bis in die Gegenwart weitergeführten landesweiten Programm, dem rheinland-pfälzischen „Kultur-sommer“. Diese Art einer eher „weichen Form von Modernisierung“ entsprach den Intentionen der sozialdemokratisch geführten Landesregierungen: man wollte und will mit solchen an die Alltagserfahrungen von Menschen anknüpfen. Besonders sensibel sind dabei Fragen der Schulstruktur, bei der auch schon frühere Landesregierungen in Rheinland-Pfalz einen eher behutsamen Kurs verfolgten. Das galt unter CDU-Herrschaft beispielsweise für die Art der Oberstufenreform und gilt unter der SPD-Führung etwa für die Gesamtschuldiskussion oder für die Konzeptualisierung von Regionalen Schulen oder für Duale Oberschulen.

Reformen mit Fingerspitzengefühl, eine Politik im Rahmen des Möglichen, Verzicht auf abstrakte, ideologisch unterlegte Strukturdebatten, man könnte auch sagen, eine Reformpolitik ohne Pathos und in homöopathischen Dosierungen, das scheint ein rheinland-pfälzisches Stilelement zu sein, das die sozialliberalen Landesregierungen praktiziert haben und für das sie auch hohe Zustimmung erhalten haben. Dabei gilt es allerdings zu bedenken: Behutsamkeit und politische

Homöopathie sind nicht immer eine Gewähr für die langfristige Tragfähigkeit politischer Entscheidungen. Dazu zwei Beispiele.

Beispiel 1: Ob das Land etwa das achteinhalb-jährige Gymnasium durchhalten kann, erscheint mir mit Blick auf die anderen Bundesländer fraglich.

Beispiel 2: Die Landesregierung hat sich politisch auf ein gebührenfreies Erststudium festgelegt. Nun steht Rheinland-Pfalz in der Finanzierung seiner Hochschulen im bundesweiten Vergleich nicht unbedingt glänzend da. Ob ein aus sozialpolitisch edlen Motiven heraus verständlicher Verzicht auf Studiengebühren durchzuhalten ist, wenn sich die Studienbedingungen anderswo *gerade durch* Studiengebühren sichtbar verbessern, erscheint mir ebenfalls fraglich. Von den bürokratisch sehr aufwändig zu realisierenden Studienzeitkonten einmal ganz abgesehen. Das mag intelligent ausgedacht sein, bürgt aber noch nicht für ein langes Haltbarkeitsdatum. – Als zukunftsweisend erwies und erweist sich dagegen der Rundfunkstaatsvertrag zwischen Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz über die Zusammenlegung von SWF und SDR zum SWR.

Ich will einen weiteren Schwerpunkt nennen:

Wirtschafts- und Strukturpolitik: Konversion

Rheinland-Pfalz stand und steht wirtschafts- und strukturpolitisch vor großen Herausforderungen. Eine besonders große Aufgabe, wahrscheinlich die größte in den letzten fünfzehn Jahren, war die vom Lande bis heute zu leistende Friedensdividende. Ich meine die mit der Konversion, also mit der Umwandlung von militärischen Objekten in zivile Nutzung verbundenen wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme. Jahrzehntlang war Rheinland-Pfalz der „Flugzeugträger“ der NATO, hatte die Lasten einer massiven militärischen Präsenz alliierter Truppen zu tragen. Es profitierte aber auch gerade in den strukturschwachen Gebieten der Westpfalz, des Hunsrücks und des Westerwalds von den wirtschaftlichen Vorteilen der hohen Militärpräsenz. Um sich die Größenordnung der Herausforderungen vor Augen zu führen: Über 40.000 Menschen waren Anfang der 90er Jahre unmittelbar aufgrund der Präsenz militärischer Einrichtungen beschäftigt.

123.000 amerikanische Soldaten und Familienangehörige lebten im Lande. Heute ist es weniger als die Hälfte. Hinzu kamen französische und kanadische Truppen mit ihren Angehörigen, die ihre Standorte fast vollständig aufgaben. Rund 10 Prozent der Bruttowertschöpfung resultierten in der ersten Hälfte der 90er Jahre in vielen kreisfreien Städten und Landkreisen aus militärischen Ausgaben. Im Landkreis Kaiserslautern waren es sogar 40 Prozent. Rheinland-Pfalz war das von der Konversion am stärksten betroffene Bundesland. Nicht nur die alliierten Streitkräfte bauten massiv Truppen und ziviles Personal ab, mit allen Folgen für Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft. Auch die Bundeswehr reduzierte ihr Personal und schloss Standorte. Das Land mit der größten Truppenkonzentration in Deutschland hatte einen geradezu gigantischen Wertschöpfungsverlust auszugleichen. Allein in den Jahren 1991 bis 1998 wurden fast 500 militärische Liegenschaften freigegeben oder deren Freigabe angekündigt.

Großvolumige Konversionsprogramme wurden aufgelegt. Zwischen 1991 und 2005 wurden dafür rund 1,3 Mrd. Euro aufgewendet. Ergänzt wurden die Konversionsprogramme durch kommunale Entwicklungs- und Städtebauförderungsprogramme. Ein sog. Konversionskabinett sollte den hohen Stellenwert unterstreichen, den die Landesregierung den mit der Konversion verbundenen wirtschaft-, sozial- und strukturpolitischen Herausforderungen beimaß. Dass einmal aus Kasernen Fachhochschul- und Universitätscampi oder aus Soldatenwohnungen Studentenunterkünfte werden könnten, dass militärische Liegenschaften in Industrie- und Gewerbeparks umgewandelt und neue Wohnquartiere entstehen würden; dass schließlich aus einem Militärflughafen wie dem Hahn ein florierender Zivil- und Frachtflughafen werden könnte, das hätte man sich in den Zeiten des Kalten Krieges nicht vorstellen können.

Strukturpolitisch begleitet wurden diese Programme durch Maßnahmen zur Verbesserung des Regionalverkehrs. Mit dem Rheinland-Pfalz-Takt wurde Rheinland-Pfalz zum verkehrpolitischen Vorreiter in der Republik. Finanzpolitisch vorausschauend verschaffte sich das Land Luft

durch den Verkauf von Landesbeteiligungen (Landesbank, Anteile an der Provinzial und an der Bayerischen Versicherung), aus deren Erlös ein Kultur- und ein Investitionsfond eingerichtet wurden. Das erleichterte Infrastrukturentwicklung, Wirtschaftsförderung oder auch die Einrichtung eines Pensionsfonds. Dies alles waren Maßnahmen, in denen gewiss auch die liberale Handschrift in den sozialliberalen Koalitionen erkennbar wird.

Die Verwaltungsreform

Auch in der Verwaltungsmodernisierung raufte sich die Koalition zusammen. Kaum strittig war das Ziel einer effizienten und bürgerfreundlichen Dienstleistungsverwaltung. Das betraf Reformen in verschiedenen Verwaltungsbereichen (Vermessungs- und Katasterwesen, Sozialverwaltung, Forst- und Kulturämter etc.) ebenso, wie die Gründung verschiedener Landesbetriebe (Liegenschaft- und Baubetreuung, Straßen und Verkehr, Daten und Information). Schwieriger war dagegen der Koalitionskompromiss im Zusammenhang mit der Auflösung der Mittelinstanzen zum Jahresbeginn 2000. Man wollte die territoriale Struktur durch eine funktionale Aufgabenerledigung ersetzen. Hier waren die Liberalen treibende Kraft. Insgesamt scheint diese Reform inzwischen akzeptiert, sieht man einmal von dem begrenzten terminologischen Charme der umbenannten Behörden (ADD, SGD) ab. Bleibt noch nachzutragen, dass sich die Landesregierung mit einer ambitionierten Kommunal- und Verwaltungsreform für die nächsten Jahre ein politisches Großvorhaben vorgenommen hat, dessen Realisierung nicht ohne Konflikte möglich sein wird.



Personalwechsel:

Kurt Beck – Regierungschef und Landesvater

Nach den Punkten *Machtwechsel* und *Politikwechsel* komme ich zum letzten Abschnitt, zum *Personalwechsel*. Zugegeben, das ist die heikelste Passage meiner Überlegungen. Denn im Mittelpunkt steht Kurt Beck als Regierungschef und Landesvater. Was ist das Erfolgs-

geheimnis dieses Politikers, der dreimal in Folge wiedergewählt mit seiner Partei schließlich 2006 die absolute Mehrheit der Sitze im Landesparlament erreichte? Alle Wahlanalysen zeigen, dass der Ministerpräsident seinen Amtsbonus von Landtagswahl zu Landtagswahl mehr und mehr ausspielen konnte. Er blickt – nach Peter Altmeier – auf die zweitlängste Amtszeit als Regierungschef des Landes zurück und steht, was Bekanntheit und Sympathie anbelangt, einsam an der Spitze des landespolitischen Personals. Hier sollen allerdings weniger wahlsoziologische Gesichtspunkte interessieren. Dazu ist schon viel geschrieben worden. Ich will vielmehr ein Porträt zu skizzieren versuchen, das uns etwas über Stil und politisches Selbstverständnis des Politikers Kurt Beck aussagt. Bei politischen Akteuren, die als Pragmatiker und dann schnell auch als Stückwerkstechniker gelten, ist das gar nicht so einfach. Helmut Schmidt hatte lange Zeit mit dem Image des theorie-losen Machers zu kämpfen und auch Helmut Kohl wurde mit diesem Vorwurf bedacht und deshalb wohl auch systematisch unterschätzt.

Wie verschafft man sich aber ein Bild des Ministerpräsidenten dieses Landes? Nun – ausschnittsweise kann man einige seiner zahlreichen öffentlichen Auftritte und die damit verbundene Medienresonanz verfolgen. Man kann seine Grundsatzreden lesen, seine Regierungserklärungen analysieren und mit Weggefährten sprechen. Und man kann dies alles vor allem daraufhin abklopfen, was jenseits der sachpolitischen Dimension, was über das Bilanzieren und Propagieren hinaus als persönliche Note, was als *politisches Persönlichkeitsprofil* erkennbar wird. Ich würde es als die Suche nach der *immer wiederkehrenden politischen Grundmelodie des Politikers Kurt Beck* bezeichnen. Drei Charakteristika fallen mir dabei auf: Das Interesse an Menschen, das Ausbalancieren von Ambivalenzen und schließlich die Suche nach einer Neubestimmung des Verhältnisses von Bürger und Staat.

Das Interesse an den Menschen

Interesse an den Menschen klingt irgendwie trivial. Müssen sich nicht alle politischen Akteure, wenn sie Zustimmung organisieren wollen, für Menschen interessieren? Ja, aber man kann das auf eher instrumen-

telle, auf professionelle, marketingmäßig antrainierte Art tun. Und man kann es in einer Weise tun, die auch nach vielen Jahren noch authentisch wirkt. Kurt Beck hat nie ein Hehl daraus gemacht, dass er sich aus einfachen Verhältnissen hoch gearbeitet hat. Dass es ihm wohl auch und ganz besonders um die Verbesserung der Lebenslage von Menschen aus solchen Verhältnissen geht. Nach seiner Amtsübernahme hielt der Ministerpräsident seinen Stab durch zahlreiche Kreisbereisungen und Regionalkonferenzen auf Trab. Aber auch heute noch ist die Vielzahl von Auftritten vor Ort ein Markenzeichen. Man kann das Basispflege nennen. Aber spätestens mit der Übernahme des Amtes als Bundesvorsitzender der SPD und damit verbundenen Doppelbelastungen im Bund und im Land muss man sich fragen, warum sich der Mann das antut; diesen Terminverschleiß mit Ehrungen von lang gedienten Parteimitgliedern, von ehrenamtlich Engagierten in kleinen Dörfern, mit Präsenzen bei lokalen Ereignissen, Vereinsjubiläen oder sonstigen Festivitäten. Alles Dinge, die sich allenfalls in der Lokalpresse niederschlagen. Zuhören, ermutigen, Interesse für die persönlichen Lebenslagen, kurz „nah bei den Leuten“ und dabei glaubwürdig sein, das scheint mir typisch für das ‚System Beck‘. Jeder erfolgreiche Politiker verfügt über bestimmte Sensorien. Bei Kurt Beck ist es eine Art immer wieder *gefühlte Alltagsempirie*, die seine Bodenständigkeit und Verwurzelung ausmachen. Dies hat ihm politischen Respekt im Lande und hohe Zustimmung in nahezu allen Milieus verschafft, zumindest in Rheinland-Pfalz. Ob sich diese Art von „Präsenzdemokratie“ auch unter den Bedingungen einer Mediendemokratie bundespolitisch auszahlt, erscheint mir eher ungewiss.

Ein zweites Charakteristikum:

Ausbalancieren von Ambivalenzen

Ich kann hier keine semantische Analyse der Reden des Ministerpräsidenten vorlegen. Doch auffallend ist schon der gehäufte Gebrauch bestimmter Begriffe und Redewendung, wenn man viele seiner Redebeiträge über die Zeit hinweg untersucht. Möchte Kurt Beck einem politischen Anliegen besonderen Nachdruck verleihen, so verwendet

er gerne Begriffe wie „vernünftig“, „fair“, „Augenmaß“, „Verantwortung“, „Dialog“. Das alles sind Adjektive und Substantive, in denen die Suche nach Ausgewogenheit, nach dem richtigen Maß, nach dem Ringen um das Zumutbare zum Ausdruck kommt. Und dazu passt auch sein Reden in Ambivalenzen, das explizite Sowohl-als-auch: „Ermunterung für die Starken *und* Solidarität mit den Schwachen“, „Leistungsbereitschaft *und* Solidarität“, „Freiheit *und* Verpflichtung, „Eigenverantwortung *und* Gemein Sinn“, „Tradition *und* Phantasie“, „Bewahren *und* Erneuern“. Auch Redewendungen wie die „Kirche im Dorf lassen“ oder „so kann man mit den Leuten nicht umgehen“ sind Teil seines politischen Sprachgebrauchs. Hier scheint immer wieder die Suche durch, zu einem „neuen Gleichgewicht“ zu kommen. „Neues Gleichgewicht“, auch das ist so eine Beck-typische Redewendung. Offensichtlich will der Ministerpräsident bei seinen Vorhaben Frontenbildung und zu scharfe Konturen vermeiden, will Brücken bauen und die Menschen mitnehmen auf dem Weg zu dem, was er politisch für geboten erachtet. Das macht ihn für die Opposition – in Rheinland-Pfalz zumindest – schwer angreifbar, wird aber offensichtlich von den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz geschätzt. Die aktuelle bundespolitische Wirkung dieser Eigenschaft Kurt Becks zu beurteilen, ist hier nicht meine Aufgabe.

Ein drittes Charakteristikum des ‚Systems Beck‘ betrifft die Suche nach einer Neubestimmung des

Verhältnisses von Bürgergesellschaft und Staat

Kurt Beck propagiert wie kaum ein anderer Ministerpräsident das bürgerschaftliche Engagement, und zwar das sog. alte und das sog. neue Ehrenamt. Ausgangspunkt ist dabei seine sozialdemokratische Grundüberzeugung, dass sich Ungleichheiten der Lebenslagen und Lebenschancen, dass sich soziale Schieflagen also, nicht verfestigen dürfen. Wenn es um notwendige Reformen in Gesellschaft und Staat geht, so plädiert er für einen Mittelweg, der gleichermaßen die Handlungsfähigkeit der Politik, wie auch die Eigenverantwortung der Bürger stärkt. Der Staat solle sich als aktivierender Staat begreifen, seine

Verwaltungen sollten Ermöglichungsverwaltungen sein. Eine lebendige Ehrenamtskultur und Bürgergesellschaft sind für ihn dabei mehr als finanzielle Lückenbüßer zur Staatsentlastung. Sie entspringen einer reformistischen gesellschaftspolitischen Vorstellung; durch Einmischung, Beteiligung und Diskussion Teilhabe zu ermöglichen und Anerkennung zu finden. Man könnte auch sagen: Die Menschen zu mehr Demokratie in ihrem Alltag zu ermuntern.

Schlussbemerkungen

„Rheinland-Pfalz unter den sozialliberalen Regierungen Rudolf Scharping und Kurt Beck – Der Beginn einer neuen Ära?“ – das ist die Frage, die wir heute Abend zu beantworten versuchen. Zusammengefasst komme ich zu folgender Antwort: Nach 16 Jahren rheinland-pfälzischer Politik unter der Führung sozialdemokratischer Ministerpräsidenten kann man – mit den eingangs gemachten Einschränkungen zu dem Begriff – von einer landespolitischen ‚Ära‘ sprechen; vor allem aus drei Gründen:

Erstens wussten die sozialliberalen Koalitionen dem Land politisch ihren Stempel aufzudrücken durch eine zwischen Kontinuität und Wandel ausbalancierte Reformpolitik. Zweitens konnte sich in dieser Zeit die SPD neben der CDU als Landespartei mit einer breiten Verankerung in unterschiedlichen politischen Milieus etablieren. Und drittens steht Ministerpräsident Kurt Beck nach 13 Regierungsjahren in der Reihe lang gedienter rheinland-pfälzischer Landesväter. Insofern kann man sagen, dass das Land durchaus eine gewisse sozialdemokratische Sozialisation erfahren hat.

Wenn im Thema unserer Abendveranstaltung vom ‚Beginn einer neuen Ära‘ die Rede ist, so stellt sich damit aber eigentlich auch die Frage nach der möglichen Dauer dieser ‚Ära‘. Nun ist nichts schwieriger als politische Prognosen abzugeben. So viel kann man aber sagen: Mehr als 16 Jahre sozialdemokratisch geführter Landesregierungen haben politisch im Lande keine sozialdemokratische Hegemonie begründet, wie man nach rund vier Jahrzehnten christdemokratischer Hegemonie

vermuten könnte. Dagegen sprechen vor allem drei Gründe: Zum einen die Volatilität der rheinland-pfälzischen Wählerinnen und Wähler. Damit ist nicht nur die wachsende Wechselwahlbereitschaft gemeint, sondern vor allem auch ein Wählerverhalten, das stark zwischen den Wahlen auf den verschiedenen Ebenen differenziert. Man vergleiche nur die Ergebnisse der Bundestags- und Kommunalwahlen mit den Landtagswahlen. Zum anderen zeigen die Landtagswahlergebnisse, dass sie außerordentlich stark durch den Ministerpräsidentenbonus beeinflusst waren. Drittens sollte die bei der letzten Landtagswahl errungene absolute Mehrheit (hinter der stehen, 26 % der Wahlbevölkerung) über eines nicht hinwegtäuschen: Wer in Rheinland-Pfalz à la longue mehrheitsfähig sein will, braucht auf der Landesebene normalerweise Koalitionspartner. Die politische Wettbewerbssituation im Lande halte ich deshalb für prinzipiell offen. Das ist ja durchaus nicht schlecht für die Demokratie.

Es kommt noch etwas hinzu: Wer auf der Landesebene besonders erfolgreich ist, empfiehlt sich in Deutschland für politische Führungsämter im Bund. Das gilt auch für Rheinland-Pfalz und ganz besonders gilt es für den Ministerpräsidenten dieses Landes. Von seiner künftigen Rolle im Bund wird die weitere Entwicklung in Rheinland-Pfalz stark beeinflusst sein. Aber dazu kann er selbst am besten Auskunft geben.

Zur „Integration“ des Landes Rheinland-Pfalz

Vortrag in der Veranstaltungsreihe „Forum Politik“ am 9. Mai 2007
in der Universität Landau

Prof. Dr. Michael Kißener

Sehr geehrter Herr Kollege Sarcinelli, meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn ich vor 60 Jahren, gerade auch noch hier im pfälzischen Landau, einen Vortrag über das Zusammenwachsen des soeben geborenen Landes Rheinland-Pfalz hätte halten wollen, dann wäre wohl – bestenfalls – niemand gekommen. Sei es, weil man sich damals mehr darum sorgen musste, wo man Nahrung für den nächsten Tag herbekommen konnte und folglich gar keine Zeit für intellektuelle Gedankenspiele hatte, sei es, weil man es für wirklich überflüssig gehalten hätte, über regelrechte Fehlgeburten ohne Zukunft überhaupt zu reden. Denkbar wäre auch, dass vielleicht einige wenige gekommen wären, um entweder bei dieser Gelegenheit einmal ihrer Wut über dieses aufoktroyierte französische Missgebilde Luft zu machen oder ganz einfach, um mal zu schauen, was für ein Komiker da kommt, der offenbar allen Ernstes glaubt, dass dieses seltsame Gebilde „Rheinland-Pfalz“ Zukunft hat.

Wie auch immer: am Anfang der Geschichte unseres nun 60-jährigen Bundeslandes steht eine große Ablehnungsfront. Und die dürfte weit wirkmächtiger gewesen sein als noch so interessante historische oder volkskundliche Beobachtungen, mit denen später den Rheinland-Pfälzern erklärt wurde, dass ihr neues Bundesland doch historische Vorbilder habe, recht deckungsgleich etwa mit dem kurrheinischen Reichskreis von 1512/21 sei oder aber Kerngebiete der alten Kurfürstentümer Mainz, Trier und Kurpfalz umfasse, was sich ja bis heute in unserem Landeswappen ausdrückt. Die Stärke dieser Ablehnungsfront wird deutlich, wenn man die Volksabstimmung vom 18. Mai 1947 differenziert

betrachtet: nur in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier gab es überzeugende Mehrheiten für das neue Bundesland Rheinland-Pfalz, in Rheinhessen, besonders aber hier in der Pfalz reagierte man überwiegend mit Ablehnung: 59,7 Prozent der Pfälzer lehnten die neue Verfassung ab, sogar 63,2 Prozent waren gegen die gesondert abgestimmten Schulartikel der Verfassung, bei denen es um die Wiedereinführung der Konfessionsschule ging. Nur aufs Ganze gesehen kam die Verfassung für das neue Land mit 53 Prozent Ja-Stimmen aller Rheinland-Pfälzer knapp durch. Das war alles andere als ein überzeugender Start.

Was sich im Wahlverhalten zeigte, spiegelte sich naturgemäß in der Politik: die SPD positionierte sich sogar langfristig als Gegnerin des Landes, der pfälzische Oberregierungspräsident Franz Bögler, SPD, bezeichnete sich sogar gerne als „Landessprengmeister“. Aber auch in der neu gegründeten CDU war man anfangs nicht gerade überzeugt vom Lande: sogar für Ministerpräsident Peter Altmeier hatte zunächst einmal Rheinland-Pfalz „durchaus keinen Ewigkeitswert“ und mit dem späteren Bundesminister für Familienfragen (1953 – 1962), dem Linzer Franz-Josef Wuermeling, gab es auch in der CDU z.B. ein politisches Schwergewicht, das mit ersichtlicher Freude die Existenz von Rheinland-Pfalz immer wieder in Frage stellte.

Vor diesem Hintergrund mag die Frage, was dieses Land bis heute zusammenhielt, gerade anlässlich seiner Geburtstagsfeier nicht nur einige Bedeutung haben, sondern gleichsam auch wichtige generelle Indizien dafür liefern, wie in der deutschen Nachkriegsgeschichte solche nach Besatzungsgesichtspunkten neu zusammengesetzten Länder, von denen es nach 1945 ja viele gab, sich zusammengefunden, ja zu einer soliden staatlichen Verfasstheit überhaupt gefunden haben.

Was ich Ihnen in den nächsten 35/40 Minuten dazu vortragen werde, ist freilich nicht als fertige Antwort zu verstehen: dazu fehlt es uns noch an einer Menge historischer wie wohl auch politikwissenschaftlicher Studien. Obwohl gerade ja auch hier in Landau durch die Arbeit von Karl-Heinz Rothenberger oder Hans-Jürgen Wünschel

bereits zur Frühzeit von Rheinland-Pfalz und insbesondere zur pfälzischen Landesgeschichte nach 1945 wichtige Studien entstanden sind, obwohl auch Sie, verehrter Herr Kollege Sarcinelli, der politischen Kultur unseres Landes ihr forschendes Interesse gewidmet haben, bedürfte es eigentlich einer eigenen Einrichtung für regionale Zeitgeschichte und politikwissenschaftliche Forschung, um strukturiert und fundiert die vielfältigen Fragen wissenschaftlich so aufzuarbeiten, wie dies andere Bundesländer mittlerweile auch tun. Eine solche Einrichtung haben wir in Rheinland-Pfalz derzeit leider nicht.

So muss ich mich darauf beschränken, nach dem derzeitigen Stand der Forschung einige Thesen zu formulieren, die fraglos noch ergänzungsfähig sind. Ich freue mich daher ganz außerordentlich, dass der ehemalige Landtagspräsident Albrecht Martin es übernommen hat, meine Ausführungen zu kommentieren, aus eigenem Erleben zu bereichern und ggf. auch um weitere Gesichtspunkte zu ergänzen. Vielen Dank dafür, Herr Martin!

Ich will im Folgenden so vorgehen, dass in einem ersten Schritt die wichtigsten für die Beantwortung unserer Frage relevanten Momente der Ausgangslage beleuchtet und in einem zweiten Abschnitt dann strukturiert integrative Momente vorgestellt werden.

I

Eine erste, zugegebenermaßen einfache, aber deshalb nicht wenig bedeutsame Antwort auf unsere Frage, was das Land zusammengehalten hat, lässt sich vor dem Hintergrund der Situation der Jahre 1946/47 rasch formulieren: Rheinland-Pfalz hielt zusammen, weil seine Gegner sich nicht durchsetzen konnten und ihre Befürchtungen nicht eintrafen.

Diese Befürchtungen bestanden vor allem auch hier in der Pfalz darin, das neue Land sei nicht mehr als eine Art erster Schritt hin zu einem von

Frankreich völlig abhängigen staatlichen Gebilde oder gar der erste Schritt einer vollständigen Annexion. Alte Ängste aus der Besatzungszeit nach dem Ersten Weltkrieg stiegen auf, das vielstimmige, sich widersprechende Stimmengewirr der französischen Politik und Besatzungsverwaltung gab solchen Befürchtungen reichlich Nahrung. Und die Realität der französischen Besatzung, die zunächst einmal von beißendem Hunger, von Wohnungsnot, Perspektivlosigkeit und Arroganz der Besatzer geprägt war, ließ für eine solche Zukunft unter französischer Ägide ja auch nicht gerade rosige Zeiten erwarten, ganz abgesehen von der Kränkung des in der Pfalz nicht eben schwachen nationalen Bewusstseins. Heute, nach einer intensiven Erforschung der französischen Nachkriegspolitik in den 1980er und 1990er Jahren, wissen wir genauer als die Zeitgenossen damals, dass solche Befürchtungen weitgehend unbegründet waren. Dietmar Hüser etwa spricht von einer „doppelten Deutschlandpolitik“ der Franzosen, einer Politik mit zwei Gesichtern. Nach Außen forderte die französische Regierung stets viel, erhob Ansprüche gegenüber Deutschland und verlangte Sicherheit gegenüber dem Nachbarn, der innerhalb von 70 Jahren gleich drei Mal auf französischem Boden Krieg geführt hatte. Das war nötig, um gegenüber der eigenen Bevölkerung, die endlich Entschädigung für die Kriegsleiden forderte, bestehen zu können. Es war auch nötig, um als schwächster der alliierten Siegermächte nicht hinter den anderen drei zurückstehen zu müssen und sich eine wenn auch noch so kleine Chance auf die Rückkehr in den Kreis der Großmächte zu verbauen. Intern jedoch waren sich die führenden Personenkreise schnell darüber im Klaren, dass man den Weg einer neuen konstruktiven Politik der Kooperation mit Deutschland gehen musste, wenn man in der Nachkriegszeit eine bedeutende Rolle in Europa spielen wollte. Aus dieser „doppelten Deutschlandpolitik“ erklärt sich, so Hüser, zu einem guten Teil die widersprüchliche Situation der Nachkriegszeit, an die sich viele, die das erlebt haben, sicher noch erinnern: auf der einen Seite eine bisweilen desaströse Versorgungslage, die zu großen Hungerdemonstrationen wie etwa in Ludwigshafen führte, ein, wie man damals sagte, wenn auch nicht

eiserner, so doch seidener Vorhang um die streng abgeschirmte französische Zone, erhebliche Reparationsleistungen und immer wieder Reden führender Politiker und Militärs, die von langen Besatzungszeiten und starker Anbindung an Frankreich sprachen. Und auf der anderen Seite fortschrittliche, werbende Momente wie etwa eine unübertroffene konstruktive Kultur- und vor allem auch Sozialpolitik der Franzosen und im Hintergrund viel Konzilianz der Regionalkommandeure bei der Lösung alltäglicher Probleme. Hinzu kamen dann noch Differenzen in der französischen Besatzungsverwaltung, etwa zwischen dem Administrateur Général Laffon und dem Chef der Militäradministration, General Koenig, wie auch zwischen den Provinzdelegierten usw. Am Ende aber lief alles auf die Schaffung eines Landes heraus, das in die föderale Ordnung der 1949 entstandenen Bundesrepublik integriert wurde und dessen Erfolg man französischerseits schon deshalb wollte, um wenigstens eine mit Frankreich verbundene Stimme im Konzert dieser Bundesländer zu haben. So etwa war auch das Eintreten der Franzosen für Sonderrechte der Pfalz im neuen Land zu verstehen: nicht als Versuch, wie man damals meinte, die Pfalz am Ende doch noch Frankreich einzuverleiben, sondern mit der Absicht, die so heterogen zusammengewürfelten Gebietsteile beisammenzuhalten, indem gewachsene historische Traditionen so weit respektiert wurden, dass diese sich nicht direkt gegen das neue Land wendeten.

Wenn sich so die Gefahr einer französischen Annexion oder eines französischen Satellitenstaates im Laufe der ersten sieben, acht Jahre nicht bewahrheitete und daher aus der politischen Diskussion allmählich verschwand, blieb doch die eigentümliche Zusammensetzung des Landes, die seinen Gegnern viele Ansatzpunkte zur Kritik gab. Im Wesentlichen waren es ja drei große Gebietsteile, die hier zusammengeführt wurden: die bis dato als Teil Bayerns firmierende Pfalz, die südliche preußische Rheinprovinz mit den Regierungsbezirken Koblenz und Trier und dann das bislang hessische Rheinhessen. Das bis 1937 noch oldenburgische Birkenfeld und die alten nassauischen Gebiete um Montabaur seien der Vollständigkeit halber auch er-

wähnt. Das waren alles arme Grenzländer, manche sagten, hier wolle man die ärmsten Gebiete Deutschlands zusammenbinden, Gebiete ohne gewachsene staatliche Struktur, Gebiete, die nicht einmal durch kirchliche Organisationseinheiten zusammengehalten wurden: allein für die Katholiken von Rheinland-Pfalz waren gleich fünf Diözesen zuständig! Eben deshalb begannen die Gegner von Rheinland-Pfalz immer neue Zuordnungen der Gebietsteile zu ventilieren, Rückgliederungen an alte historisch gewachsene Einheiten zu fordern oder nach wirtschaftlich aussichtsreicheren Verbindungen zu suchen. Es begann mit dem zweiten Frankfurter Dokument, das den zunächst auf dem Rittersturz bei Koblenz versammelten westdeutschen Ministerpräsidenten aufgab, im Zuge der Gründung eines westdeutschen Staates auch die Ländergrenzen neu zu prüfen. Dass bei dieser Gelegenheit nicht schon Rheinland-Pfalz wieder aufgelöst wurde, lag zum einen daran, dass auch das viel größere und ebenso zusammengewürfelte Nordrhein-Westfalen kein Interesse an solchen Diskussionen, die den eigenen Bestand bedrohten, hatte und zum anderen, dass Ministerpräsident Peter Altmeier Rheinland-Pfalz gleichsam zum Hüter der deutschen Einheit im Westen stilisierte, insbesondere auch gegenüber den französischen Aspirationen auf das Saarland. So kam es am 30. Juli 1948 zu einer Resolution des Landtages von Rheinland-Pfalz, in der davon gesprochen wurde, man möge es vorerst beim status quo belassen – im Nachhinein war das gewiss ein erster wichtiger Erfolg für Rheinland-Pfalz. Die Gefahr war damit aber längst nicht vorbei. Gemäß dem Auftrag des Art. 29 GG kam es 1949 zum ersten Ausschuss für die innergebietliche Neuordnung unter dem Vorsitz des FDP-Abgeordneten Euler, der 1951 vorschlug Rheinland-Pfalz aufzulösen. Die Euler-Kommission war eindeutig politisch ausgerichtet, so fiel es nicht schwer, den Angriff abzuwehren. Der Preis dafür war aber eine neue Kommission, die Luther-Kommission, die im April 1952 ihre Arbeit begann und ganz umfänglich das Für und Wider einer Länderneugliederung untersuchte und erörterte. Der Ministerpräsident, sieben Jahre nach dem Ende des Krieges nun schon ganz offensichtlich ein überzeugter Rheinland-Pfälzer, setzte seine besten Mitarbeiter ein, um den vielfältigen Argumenten gegen

Rheinland-Pfalz begegnen zu können. Als Ende 1954 sich die Arbeit der Luther-Kommission dem Ende zuneigte, hatte man es zumindest dahin gebracht, dass die Vorzüge der Existenz des Landes anerkannt wurden und trotz der ebenso dargelegten Argumente zur Auflösung des Landes kein überzeugender Vorschlag formuliert werden konnte, wie die Gebietsteile von Rheinland-Pfalz neu zugeordnet werden könnten. Bundeskanzler Adenauer erklärte zudem die Länderneugliederung zu einer nachrangigen politischen Aufgabe, wodurch erneut Zeit gewonnen wurde. Doch die Gegner gaben keine Ruhe: 1956 wurden Volksbegehren initiiert, die aufgrund des Art. 29 GG gebietliche Neuaufteilungen verlangten. Drei Anträge schafften die 10%-Hürde, nach der eine offizielle Volksbefragung notwendig wurde: das Begehren, Koblenz-Trier an NRW anzugliedern, das Begehren, Montabaur Hessen zuzuschlagen und das Begehren, Rheinhessen an Hessen anzugliedern. Bemerkenswerterweise schaffte es schon damals die Initiative zur Rückgliederung der Pfalz an Bayern nicht mehr, so viele Stimmen zu sammeln, dass auch darüber in einer Volksabstimmung hätte befunden werden müssen. Auf diese Volksbegehren antwortete die nun für die Umsetzung der Volksbegehren in Abstimmungen zuständige Bundesregierung mit Lethargie, nicht zuletzt, weil Bundeskanzler Adenauer solche Zerreißproben für unutullich hielt. Erst 1975 ist es zur Durchführung der vorgeschriebenen Volksbefragungen gekommen. Und die erbrachten dann 30 Jahre nach Kriegsende keine Mehrheit mehr für eine Änderung des status quo. Befriedigt konnte Ministerpräsident Helmut Kohl deshalb damals feststellen, Rheinland-Pfalz sei mittlerweile zu einem Land geworden, „zu dem – wie die Volksentscheide der letzten Monate eindrucksvoll bewiesen haben – seine Bürger stehen.“ Diese Bonner Verzögerungsstrategie hat, so Hans Fenske, dem Land Rheinland-Pfalz „das Überleben ermöglicht“.

Gleichsam im Zuge dieser die Existenz des Landes in Frage stellenden Debatten und Auseinandersetzungen musste sogar noch ein weiteres zentrales Problem gelöst werden, das nicht minder eine Zerreißprobe darstellte: die definitive Bestimmung des Regierungssitzes. Schon die

französische Ordonnance Nr. 57, gleichsam die Gründungsurkunde des Landes, hatte am 30. August 1946 festgelegt, dass Mainz Sitz der Regierung des neuen Landes sein sollte. Wegen der immensen Kriegszerstörungen musste jedoch vorläufig auf Koblenz als provisorischer Landeshauptstadt ausgewichen werden. Als 1948/49 nun Mainz verkündete so weit wiederhergestellt zu sein, dass die Regierung wie geplant ihren Sitz hier nehmen könne, erhielten die Gegner des Landes weitere Unterstützung, musste doch ein kostspieliger Umzug in einem ohnehin außerordentlich armen Bundesland, dessen Existenz nicht einmal gesichert schien, als reine Verschwendung erscheinen. Ministerpräsident Altmeier bemühte sich bei der französischen Besatzungsmacht um die Zubilligung einer freien Entscheidung des Parlaments über den Regierungssitz, um so der Landesgründung das Odium des französischen Oktroys zu nehmen, zugleich eröffnete er damit den Landesgegnern aber eine Bühne, die diese zu nutzen wussten. So kam es am Tag der Abstimmung, dem 4. April 1950, beinahe zur Katastrophe: 43 Abgeordnete wehrten sich gegen die Verlegung des Regierungssitzes, 43 stimmten dafür. Erst nach massiven Interventionen des Ministerpräsidenten bei seinen Parteifreunden, die mit 10 Sozialdemokraten gegen den Umzug gestimmt hatten, gelang es bei einer zweiten Abstimmung am 16. Mai 1950 den Umzug mit 49 gegen 32 Stimmen zu beschließen. Dies nun aber war ein klares Signal für eine längere Lebensdauer des Landes, ein Signal auch, das den Zusammenhalt deshalb gefördert hat, weil die Pfalz mit dem näher gelegenen rheinhessischen Mainz doch eher Frieden schließen konnte als mit dem ungeliebten, als Konkurrent wahrgenommenen Norden des Landes und Koblenz als Landeshauptstadt. Aus einer existentiell gefährlichen Situation heraus ging so am Ende das Land gestärkt hervor.

II.

Nun lässt sich, meine Damen und Herren, die dauerhafte Existenz eines Landes aber wohl kaum alleine daraus erklären, dass seine Gegner sich nicht durchsetzen konnten und Befürchtungen der Anfangszeit eben nicht eintrafen. Es müssen wohl auch positive, aufbauende Ele-

mente da gewesen sein, die im Laufe der Zeit den Zusammenhalt befördert und ein hinlängliches Zusammengehörigkeitsgefühl geschaffen haben. Über solch positive Elemente lassen sich unschwer eine Vielzahl von Mutmaßungen anstellen, je nach Blickwinkel könnte man vielen Geschehnissen der vergangenen 60 Jahre eine solche integrative Kraft zuschreiben, ohne dass wir ein zuverlässiges Messinstrument hätten, das uns die integrative Wirkung bestimmter Maßnahmen oder politischer Ereignisse etwa anzeigen würde.

Hilfreich mag da ein Blick auf die neuere historische Forschung, die sich mit Integrations- und Nationenbildungsprozessen beschäftigt, sein, um die Bedeutung der in anderen Zusammenhängen überprüften Wirkfaktoren für unser Beispiel auszuloten. Es ist hier nicht der Ort, die unterschiedlichen Theorien über Zielrichtung, Ablauf und Elemente politischer Integrationsprozesse zu diskutieren. Nur so viel: ein Zweig dieser Forschung hat eine Konzeptualisierung einschlägiger Integrationsbegrifflichkeit („innere Einheit“) vorgenommen, die davon ausgeht, dass politische Integration:

- auf einer politischen oder staatlichen Ebene
- auf einer wirtschaftlichen Ebene und
- auf einer soziokulturellen oder subjektiv-perzeptionellen Ebene

stattfindet.

Politische / Staatliche Ebene

Auf der politischen / staatlichen Ebene geht es stets um den Aufbau politischer Strukturen, um politische Organisationen und deren Ideologien. Eine solche Aufbauleistung stellt im Beispielfall Rheinland-Pfalz zweifellos die Landesverfassung dar, die in ihrer eigentümlichen stark christlich-naturrechtlich geformten Art dann doch ganz offensichtlich den Einstellungen und Werthaltungen der meisten Menschen dieses Raumes über lange Zeit entsprochen hat. Erst im Jahr 2000 wurde mit dem 34. Gesetz zur Änderung der Verfassung eine grundlegende Revision vorgenommen, die – ähnlich wie 1946/47 – von einer Enquête-

kommission aller Parteien erarbeitet worden ist – schon dies ein deutlicher Hinweis auf den integrativen Charakter dieses Grundgesetzes für das Land.

Überhaupt wird in der einschlägigen Debatte immer wieder auch die Bedeutung des Rechts- und Verwaltungssystems herausgehoben, dem eine besondere integrative Kraft zugesprochen wird. Das lässt sich am Beispiel von Rheinland-Pfalz durchaus bestätigen. Ministerpräsident Peter Altmeier war daran gelegen, die sehr unterschiedlichen Rechtstraditionen in den einzelnen Landesteilen zu vereinheitlichen. Schon als Verhandlungspartner der Regierung mussten sich dafür neue kommunale Spitzenverbände für das ganze Land bilden: der Städteverband Rheinland-Pfalz, der Landkreistag Rheinland-Pfalz, am 7. November 1947 bei Bad Kreuznach gegründet, und als Vertreter der Landgemeinden der rheinland-pfälzische Gemeindetag. Bei den ersten Beratungen fand man gleich zu Gemeinsamkeiten und konnte sich sogar gegen den erklärten Willen der Besatzungsmacht gemeinsam behaupten, indem der von den Franzosen abgelehnte hauptamtliche Bürgermeister in den Städten wieder eingeführt wurde – solche Erfolge schweißten zusammen. Sogar ein Gegner des Landes Rheinland-Pfalz wie Franz-Josef Wuermeling hat einmal bekannt, dass das in diesen Beratungen entstandene rheinland-pfälzische Selbstverwaltungsgesetz vom 27. September 1948 wohl „das wichtigste Werk neben der Verfassung“ gewesen sei. Neben dem Selbstverwaltungsgesetz standen schon in den 50er Jahren dann bald eine Reihe von Verordnungen und Gesetzen, deren Bezeichnung nicht eben Spannendes erwarten lässt, deren rechtsvereinheitlichende Kraft jedoch kaum überschätzt werden kann: das Kommunalabgabengesetz, das Zweckverbandsgesetz und das Polizeiverwaltungsgesetz. Verantwortlich für all diese Gesetze war der Landtag, der gleichsam als Verkörperung des Volkswillens zweifellos auch selbst zur Integration beigetragen hat: wie, das wäre noch näher zu untersuchen. Das 2005 von Markus Schäfer herausgegebene Datenhandbuch zur Geschichte des Landtages wäre mit den tausenden darin nachgewiesenen Aktivitäten dieser Institution dafür eine geeignete Grundlage.

Bei der Reform der Landgemeinden und der Verwaltungs- und Gebietsreform ging es freilich am Anfang noch nicht so schnell: hier waren die Widerstände zu groß, als dass Altmeier es sich in der instabilen Anfangssituation hätte erlauben können, mit größerem Nachdruck auf Vereinheitlichung zu drängen. Die blieb seinem Nachfolger, Helmut Kohl, vorbehalten, der mit der auch für andere Bundesländer Beispiel gebenden großen Verwaltungsreform der 1970er Jahre dann gegen viele Widerstände nicht nur eine Modernisierung der rheinland-pfälzischen Verwaltung durchgesetzt, sondern vor allem auch die Verwaltungs- und Gebietszuschnitte überall im Land vereinheitlicht hat. Die Reform bekam sogar gleichsam ein eigenes Markenzeichen: die rheinland-pfälzische „Verbandsgemeinde“.

Im Zuge dieses Prozesses wurde dann auch ein lange schwelendes, spaltendes Problem im Kultusbereich gelöst: der Streit um die Konfessionsschule. Peter Altmeier und der rheinland-pfälzische Verfassungsvater Adolf Susterhenn hatten in der Überzeugung, dass nur eine fundierte religiöse Erziehung die Menschen vor einem Rückfall in die Barbarei des Nationalsozialismus bewahren könne, die Wiedereinführung des konfessionellen Volksschulwesens durchgesetzt. Das hatte schon bei den Verfassungsberatungen zu Streit geführt, so dass über die Schulartikel der Verfassung ja gesondert abgestimmt werden musste. Am Ende war eine knappe Mehrheit für die Konfessionsschule dabei herausgekommen und dieser Anspruch wurde nun in den Folgejahren, je nachdem wie stark der Elternwille artikuliert wurde, auch durchgesetzt. Dadurch entstand in den Landesteilen, vor allem in Rheinhessen, wegen unterschiedlicher Schultraditionen (z.T. hatte es die christliche Gemeinschaftsschule schon vor 1933 gegeben) bisweilen heftiger Streit, der die Bevölkerung zu spalten und das Volksschulwesen immer mehr in kleine Zwergschulen zu zersplittern drohte. Mit der Schulreform unter Kultusminister Bernhard Vogel wurde dieses Problem in den 70er Jahren endgültig beseitigt und in Rheinland-Pfalz das gegliederte Schulsystem eingeführt und auch die Lehrerbildung aus ihren konfessionellen Bindungen entlassen. Dass es dabei nicht zum Bruch

mit den Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche, kam, lag nicht zuletzt daran, dass sich 1968 die fünf für rheinland-pfälzisches Gebiet zuständigen Diözesen zu einer Art Clearingstelle in Mainz zusammenschlossen, dem Katholischen Büro, das bis heute Ansprechpartner der Landesregierung in Kirchenfragen ist. Vergleichbare Strukturen wurden sogleich auch für die evangelische Bevölkerung geschaffen.

Alle politischen Kräfte zu vereinigen, um das Leben in diesem neuen Land gemeinsam zu ordnen und zu gestalten, war auch die kluge Politik des ersten, korrekter zweiten Ministerpräsidenten des Landes, Peter Altmeier. Der erste Ministerpräsident, Wilhelm Boden, hatte es sich nämlich schon rasch so sehr mit den Sozialdemokraten verdorben, dass eine Allparteienregierung nach seiner Wahl nicht zustande kam. So übernahm am 9. Juli 1947 Peter Altmeier das Amt und setzte eine Allparteienregierung, sogar unter kurzzeitiger Beteiligung der Kommunisten, dann eine große Koalition durch, die, gegen den erklärten Willen des Bundeskanzlers Konrad Adenauer, bis 1951 hielt und gemeinsam die schwierigen Probleme der Ernährung und des Wiederaufbaus meisterte.

Überhaupt wird man beim Blick auf die politischen Institutionen und insbesondere die Exekutive vermutlich den Faktor „Persönlichkeit“ nicht unterschätzen dürfen. Der Ministerpräsident wurde nämlich sehr bald schon so etwas wie ein wirklicher Landesvater. Seine katholisch-konservativen politischen Positionen deckten sich oft mit denen des beliebten Bundeskanzlers Konrad Adenauer, Altmeier war aber auch von Anfang an selbstbewusst genug, die Landesinteressen zu vertreten und damit Stimmungen für sich einzufangen, die in Rheinland-Pfalz eben mehrheitsfähig waren: so z.B. in der Saarfrage, in der Altmeier unzweideutig auf Rückkehr in den Geltungsbereich des Grundgesetzes drang und sein von den politischen Gegnern oft bestrittenes nationales Profil schärfte oder auch in der Frage des Zweiten Deutschen Fernsehens, bei der es fast zu einem Zerwürfnis zwischen Adenauer und Altmeier gekommen wäre. Altmeier war überall im Lande präsent, kaum

eine Straße oder Schule wurde eingeweiht ohne seine Anwesenheit. Er war ein engagierter Verfechter der deutsch-französischen Annäherung und konnte mit der Regionalpartnerschaft Rheinland-Pfalz – Burgund schon in den 50er Jahren eine Vorreiterrolle in Deutschland beanspruchen, Rheinland-Pfalz als Brücke zum westlichen Nachbarland damit geradezu eine deutsche Mission geben. Was Altmeier begonnen hat, setzte sich bei seinen Nachfolgern fort: auf 22 Regierungsjahre Altmeiers folgten 12 Jahre Ministerpräsidentenschaft Bernhard Vogels (1976 – 1988) und nunmehr schon 13 von Kurt Beck (1994) – auch sie genossen bzw. genießen den Status eines Landesvaters. Nur die Regierungszeiten von Helmut Kohl, 7 Jahre, und Rudolf Scharping, 3 Jahre, waren kürzer: dass beide, wie zusätzlich jetzt auch Kurt Beck, schon bald eine bundespolitische Rolle spielen sollten, dürfte dem Selbstbewusstsein der Rheinland-Pfälzer sicher auch nicht abträglich gewesen sein.

Wirtschaftliche Ebene

Ob solche integrativen Momente auf politischer / staatlicher Ebene, denen gewiss noch eine Reihe weiterer Punkte an die Seite zu stellen wären, freilich das Überleben des neuen Bundeslandes gesichert hätten, wenn sich nicht zugleich auch ein ökonomischer Erfolg eingestellt hätte, ist jedoch fraglich. Und nach einer wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte sah es im Falle von Rheinland-Pfalz am Anfang gar nicht aus. Die Pfalz, Rheinhessen und das südliche Rheinland gehörten zu den am schwersten zerstörten Gebieten in Deutschland. Diese Gebiete waren Grenzräume mit allen Nachteilen, die diese Lage bis dahin für die wirtschaftliche Entwicklung gehabt hatte. Wesentliche Industrie gab es nur im äußersten Süden, in Ludwigshafen mit der IG-Farbenindustrie, später wieder BASF, die aber auch weitgehend zerstört war und bis 1953 in französischer Sequesterverwaltung blieb. Ansonsten dominierten Land- und Forstwirtschaft, vor allem der Weinbau – allerdings zumeist in zunehmend unrentablen Kleinbetrieben (1949 betrug die durchschnittliche Betriebsgröße nur 4,1 ha!). Wie sollte unter diesen

Voraussetzungen Hoffnung auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung keimen?

Eine erste Hilfe brachte der Marshallplan, aber auch der Grenzlandfonds der Bundesregierung mit Krediten, die in den Aufbau und die Modernisierung der Strukturen flossen und vor allem auch in der Landwirtschaft Innovation ermöglichte. Entscheidend aber waren die Römischen Verträge, die 1958 in Kraft getreten, auf einmal einen Wirtschaftsraum schufen, in dessen Mitte Rheinland-Pfalz lag. Zunächst intensivierte sich der Handel mit dem Nachbarland Frankreich, dann zog das Geschäft mit Belgien, Luxemburg und Italien an. Ende der 1960er Jahre war der Anteil der Lieferungen an die EWG-Partner bereits auf vier Zehntel der Gesamtausfuhren des Landes gestiegen. Dieser sich stetig erweiternde Handel und die Ansiedlung weiterer Industrie, besonders in den strukturschwachen Gebieten von Rheinland-Pfalz, katapultierte das junge Bundesland, das jahrelang das Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum der Bundesländer gewesen war, ins Mittelfeld. 1983 erreichte die rheinland-pfälzische Industrie den Spitzenplatz im deutschen Exportgeschäft mit der höchsten Exportquote. Die Politik hat diese Entwicklung durch Maßnahmen begleitet, mit denen der wirtschaftliche Aufschwung gleichmäßig in die Breite des Landes verteilt werden sollte, hat der mittelständischen Industrie Hilfen gegeben, die eine Beteiligung am Exportgeschäft ermöglichten, und durch Wirtschaftsbüros im Ausland wie dem „The German State of Rheinland-Pfalz Commercial Office“ in Houston/Texas Tore für den Handel zu öffnen versucht. So ist aus dem „Land der Reben und Rüben“ ein respektable Wirtschaftstandort geworden.

Wichtig für diese Entwicklung war nicht zuletzt ein kluger Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, der sich vor allem mit dem langjährigen Wirtschafts- und Verkehrsminister Heinrich Holkenbrink (1971 – 1985) verbindet. Hatte die Landesregierung anfänglich noch auf den Ausbau des Schienennetzes gesetzt und erst in den 1960er Jahren massive Investitionen in das Straßennetz vollzogen, so war es Holkenbrink,

der in den 70er Jahren den Ausbau der Fern- und Schnellstraßen so vorantrieb, das Rheinland-Pfalz dadurch echte Standortvorteile erzielte. Bei diesem Bauprogramm dürfte die Autobahn A 61 von besonderer Bedeutung gewesen sein: sie machte das Land von Norden nach Süden im eigentlichen Sinn „erfahrbar“. Neben der Autobahn waren die Wasserwege von großer wirtschaftlicher Bedeutung: hier wurde etwa die 1964 abgeschlossene Moselkanalisierung nicht nur zu einem Großprojekt, sondern auch zu einer echten Erfolgsgeschichte des Landes.

Soziokulturelle Ebene

Viel schwieriger ist für den Historiker schließlich zu erfassen, was neben Politik / Staat und Wirtschaft aber wohl der wichtigste Gesichtspunkt bei der Analyse des Zusammenwachsens eines heterogenen Landes ist: die Entwicklung eines Zusammengehörigkeitsgefühls der Menschen, das Entstehen eines Landesbewusstseins, das Bewusstsein einer sozialen und kulturellen Gemeinsamkeit.

Eine bedeutende Rolle spielen in diesem Bereich zweifellos die Medien. Über sie können Nachrichten über das ganze Land überhaupt erst verbreitet werden, sie können in Presse, Rundfunk und Fernsehen so etwas wie Landesbewusstsein gleichsam tagtäglich „produzieren“. 1946/47 gab es in Rheinland-Pfalz schlicht gar nichts, das eine solche Aufgabe hätte übernehmen können. Erst allmählich hat sich in unserem Raum 1946 eine Regionalpresse entwickelt, die das ganze Land im Blick hatte. Schneller ging es mit dem Rundfunk, weil die französische Besatzungsmacht dieses moderne Medium nutzen wollte, um die Deutschen umzuerziehen. Zwar saß der so gegründete Südwestfunk in Baden-Baden, doch hatte Rheinland-Pfalz schon früh in Koblenz und Kaiserslautern Regionalstudios, die sich um regional ausgerichtete Programme bemühten. Ende 1954 begann man mit der Ausstrahlung eines Fernsehprogramms: die erste Sendung, die im Februar 1955 aus Rheinland-Pfalz zu empfangen war, – wie könnte es anders sein – natürlich „Mainz wie es singt und lacht“. Mit dem Umzug der Landesregierung nach Mainz wurde dann auch dort 1952 ein Landesstudio

etabliert, Ende 1966 gab es die erste landesbezogene Nachrichtensendung „Blick ins Land“. Als es Peter Altmeier in der Auseinandersetzung mit Bundeskanzler Adenauer dann 1961 gelang, ein Zweites Deutsches Fernsehen unter der Ägide der Länder in Mainz zu etablieren und den Vorsitz in der Rundfunkkommission der Länder zu übernehmen, war der Anfang der medienpolitischen Vorreiterfunktion von Rheinland-Pfalz gemacht, die bis heute besteht.

Neben den Medien hat sicherlich auch das weite Feld von Kunst und Kultur eine wichtige integrative Funktion. Auch auf diesem Gebiet hat die Besatzungsmacht bereits früh die Wege geebnet, indem durch eine äußerst spendable Kulturförderung eine Westorientierung der Menschen ebenso gefördert werden sollte wie der Aufbau eines spezifischen rheinischen Kulturbewusstseins. Wenn die Erfolge dieser Bemühungen auch gewiss beschränkt waren, so konnte die Landesregierung hieran doch direkt anknüpfen. Schon 1948 wurden die zahlreichen Kulturdenkmäler des Landes in die Obhut des Landes genommen wie es die Verfassung vorsah, regionale Kunstförderung wurde durch den Ankauf von alleine 8.500 Kunstobjekten in den ersten 50 Jahren des Landes betrieben, eine Vielzahl rheinland-pfälzischer Kunstpreise ausgelobt wurde. Künstlerhäuser wurden gegründet und 1971 dann eine Landeskunstaussstellung ins Leben gerufen. Ministerpräsident Bernhard Vogel initiierte 1984 den Rheinland-Pfalz-Tag, an dem sich das Land quasi selbst feiert, die sozialliberale Koalition ergänzte dieses Event 1991 durch den rheinland-pfälzischen Kultursommer. Lang ist die Liste solcher Initiativen und Bemühungen. Nur eine erscheint mir noch besonders bemerkenswert: nachdem 1975 die Volksbegehren zur Auflösung des Landes gescheitert waren, schuf sich der Landtag eine eigene historische Kommission, die die Geschichte des jungen Bundeslandes erforschen und dokumentieren sollte. Der Auftrag dieser Kommission wurde 2003 um die Einbeziehung aller territorialen/staatlichen Vorläufer ergänzt, so dass Rheinland-Pfalz sich nunmehr ganz selbstbewusst als legitimer Nachfolger großer alter Traditionen sieht.

Der hier deutlich erkennbare Prozess eines immer größeren „Heimischwerdens“ im neuen Land lässt sich durchaus auch in anderen zivilgesellschaftlichen Bereichen erkennen. Ich will nur noch auf ein Beispiel verweisen: den Sport. Nach der Gründung des Landes etablierte sich zunächst nicht etwa ein Landessportbund, sondern vielmehr 1948 drei Sportverbände: einer für Rheinhessen, einer für die Pfalz und einer für das Rheinland. Erst 1950 wurde in Bingen der Landessportbund gegründet, dem aber praktisch keine Bedeutung zukam. Das zeigt schon seine Finanzlage: im ersten Haushaltsjahr hatte der Landessportbund ganze 389,91 DM zur Verfügung. Erst die rasante Entwicklung des Spitzen-, dann des Breitensports seit den 1960er Jahren, die Sozialminister Heiner Geißler mit „Goldenen Sportplänen“ förderte, ließ dem Landessportbund allmählich mehr Gewicht zukommen: 1995 verfügte er über einen Etat von 40 Mio. DM. Dass auf diesem Weg dann bedeutende sportliche Leistungen in Rheinland-Pfalz hervorgebracht werden konnten, hat wegen der enormen Breitenwirkung des Sports wohl unzweifelhaft wesentlich zur Integration des Landes beigetragen. Und dabei ist nicht nur an die großen Fußballclubs wie etwa den 1. FC Kaiserslautern oder Mainz 05 zu denken, sondern auch an die Schifferstädter Ringer, an die Mainzer Leichtathleten unter Berno Wischmann oder an die Grenzauer Tischtennis-Sportler.

Resümee

Meine Damen und Herren, überblickt man nur die wenigen Maßnahmen, Ereignisse und Zusammenhänge, die ich ganz unvollständig hier nur andeuten konnte, so wird deutlich, dass es ein sehr komplexes Ursachengeflecht ist, das unser Land in den letzten 60 Jahren zusammengehalten hat. Ich sage: zusammengehalten, integriert hat – ob daraus schon ein wirkliches eigenes rheinland-pfälzisches Landesbewusstsein entstanden ist, das dürfte bestimmt nach wie vor umstritten sein. Fühlt man sich nicht hier in der Pfalz doch in erster Linie als Pfälzer und erst in zweiter Linie als Rheinland-Pfälzer, in der Eifel nach wie vor als Eifler und erst in zweiter Linie als Rheinland-Pfälzer usw.? Andererseits dürfte heute aber auch kaum mehr jemand sich

seiner Herkunft aus Rheinland-Pfalz schämen oder allen Ernstes an der Auflösung dieses Landes arbeiten. Das ist ein bemerkenswerter, großer Fortschritt in der historisch betrachtet ja nur kurzen Zeit von 60 Jahren und es bestätigt einmal mehr das weise Diktum, dass im staatlichen Bereich nichts so viel Dauer hat wie ein Provisorium.

Vitae



Rudolf Morsey

Rudolf Morsey, Dr. phil., Dr. h.c., geb. 1927

1955 Promotion an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster ■ 1966 Habilitation an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn ■ 1966 – 1970 Ordinarius für Neueste Geschichte an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg ■ 1970 – 1996 Ordinarius für Neuere Geschichte an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer ■ Mitglied überregionaler historischer Kommissionen und Institute, auch der Kommission des Landtags für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz ■ Publikationen zu den Forschungsschwerpunkten Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sowie des Parlamentarismus und des politischen Katholizismus, schließlich der Besatzungszeit 1945 – 1949 und der anschließenden Ära Adenauer.



Michael Kißener

Michael Kißener, Dr. phil., geb. 1960

1991 Promotion an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn ■ 1991 Projektleiter RAABE-Fachverlag für Wissenschaftsinformation ■ 1992 – 2002 Geschäftsführer der „Forschungsstelle Widerstand“ an der Universität (TH) Karlsruhe ■ 2002 Habilitation an der Universität (TH) Karlsruhe ■ seit 2002 Univ.-Prof. für Zeitgeschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz ■ Schwerpunkte in Forschung und Lehre: Europäische Rechtsgeschichte 16.-20. Jahrhundert, Nationalsozialismus und Widerstand, Regionale Zeitgeschichte ■ Publikationen zu den Forschungsschwerpunkten Regionale Zeitgeschichte und Drittes Reich ■ Mitglied der Kommission des Landtags für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz.



Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli

Ulrich Sarcinelli, Dr. phil. M.A., geb. 1946

1978/79 Promotion an den Johannes Gutenberg-Universität Mainz ■ 1984 Habilitation in Politikwissenschaft an der Universität Koblenz-Landau ■ 1988-1995 Professor für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Kiel und an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ■ seit WS 1995/96 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau. Leiter des Frank-Loeb-Instituts Landau an der Universität ■ 2002 Gastprofessur am Institut für Publizistik und Medienforschung (IPMZ) der Universität Zürich ■ Schwerpunkte: Politische Kommunikation, Parteien, Verfassung und Demokratietheorie ■ Zahlreiche Publikationen zu den genannten Forschungsschwerpunkten.

Literatur

BORCK, Heinz-Günther (Hrsg.): Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Koblenz 1997.

FENSKE, Hans: Die bayerischen Bemühungen um die Rückgewinnung der Pfalz 1948-1956. In: Pfälzische Heimat 52 (2001), S. 1-13.

GROSSMANN, Thomas: Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1945-1970. Mainz 1991.

GUBE, Dieter: Rheinland-Pfalz. Vom armen Retortenbaby zum selbstbewussten Mittelland. In: Hans-Georg Wehling, Die deutschen Länder, Wiesbaden 2004.

HAUNGS, Peter (Hrsg.): 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, Mainz 1986.

HEIL, Peter: Gemeinden sind wichtiger als der Staat. Idee und Wirklichkeit des kommunalen Neuanfangs in Rheinland-Pfalz, Mainz 1997.

HEYEN, Franz-Josef: Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. In: Deutsche Verwaltungspraxis 38 (1987), Heft 4 (Sonderausgabe 40 Jahre Landesverfassung Rheinland-Pfalz), S. 88-93.

HEYEN, Franz-Josef (Bearb.): 50 Jahre Rheinland- Pfalz. Ein Land gewinnt Profil, Koblenz 1997.

HÜSER, Dietmar: Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“ 1944-1950, Berlin 1996.

KISSENER, Michael: Kleine Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, 1945 – 2005, Leinfelden-Echterdingen 2006.

KOHL, Helmut: Erinnerungen, 1930-1982, München 2004.

KÜPPERS, Heinrich: Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946-1955, Mainz 1990.

Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Rheinland-Pfalz – Unser Land im Überblick, Mainz 2007.

Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): „Etwas Kredit hatten wir immer...“. Ministerpräsidenten erzählen, Mainz 1997.

Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg): Grundgesetz, Landesverfassung u.a., 49. Auflage, Mainz 2007.

Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg): Chronik des Landes Rheinland-Pfalz. Politik ab 1945, Teil 1, Mainz 1998.

LEY, Richard: Die Verfassung für Rheinland-Pfalz. In: Deutsche Verwaltungspraxis 38 (1987), Heft 4 (Sonderausgabe 40 Jahre Landesverfassung Rheinland-Pfalz), S. 95-102.

Lebendiges Rheinland-Pfalz: Zeitschrift für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, hrsg. von der Landesbank Rheinland-Pfalz, Jg. 1, 1964 bis heute.

LINDEN, Markus, Politische Integration im vereinten Deutschland, Baden-Baden 2006. MATHEUS, Michael (Hrsg.): Regionen und Föderalismus. 50 Jahre Rheinland-Pfalz (Mainzer Vorträge 2), Stuttgart 1997.

MAYRT, Karl Friedrich (Hrsg.): 50 Jahre Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit in Rheinland-Pfalz. Eine Chronik, 2 Teile (Schriften des Ministeriums der Justiz 7), Frankfurt u.a. 1997.

MORSEY, Rudolf: Föderalismus im Bundesstaat. Die Rolle des Ministerpräsidenten und des Landes Rheinland-Pfalz bei der Gründung und in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland. In: Rheinland-Pfalz. Der Minister für Bundesangelegenheiten (Hrsg.): 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Bonn, 2. Auflage 1988, S. 9-36.

MORSEY, Rudolf: Peter Altmeier. In: Hannes ZIEGLER (Hrsg.), Politiker in Rheinland-Pfalz: Unsere Ministerpräsidenten, Annweiler o.J. (2002), S. 39-54.

NESTLER, Gerhard, ZIEGLER, Hannes (Hrsg.): Die Pfalz in der Nachkriegszeit. Wiederaufbau und demokratischer Neubeginn (1945-1954) (Beiträge zur pfälzischen Geschichte 22), Kaiserslautern 2004.

PECKHAUS, Doris, HESS, Robert: 40 Jahre Landtag Rheinland-Pfalz. Parteien, Wahlen, Parlament, Mainz 1997.

Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Verfassungsreform. Der Weg zur neuen Landesverfassung vom 18. Mai 2000, Mainz 2000.

Der Präsident des Landtags Rheinland- Pfalz (Hrsg.): Die Präsidenten des Landtages 1946-2006. Biographische Skizzen aus sechs Jahrzehnten rheinland-pfälzischer Parlamentsgeschichte (Schriften des Landtags Rheinland-Pfalz 31), Mainz 2006.

Rheinland-Pfalz. Deutsches Kernland, Heidelberg 2006.

ROTHENBERGER, Karl-Heinz u.a. (Hrsg.): Pfälzische Geschichte, Band 2, Kaiserslautern 2001.

SARCINELLI, Ulrich u.a., (Hrsg.): Politische Kultur in Rheinland-Pfalz, Mainz / München 2000.

SCHÄFER, Markus: Datenhandbuch zur Geschichte des Landtags Rheinland-Pfalz 1947-2003, Mainz 2005.

SCHARPF, Fritz: Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des 20. Jahrhunderts, In: KOHLER-KOCH, Beate (Hrsg.) „Staat und Demokratie in Europa“, S. 93 – 115, Opladen 1992.

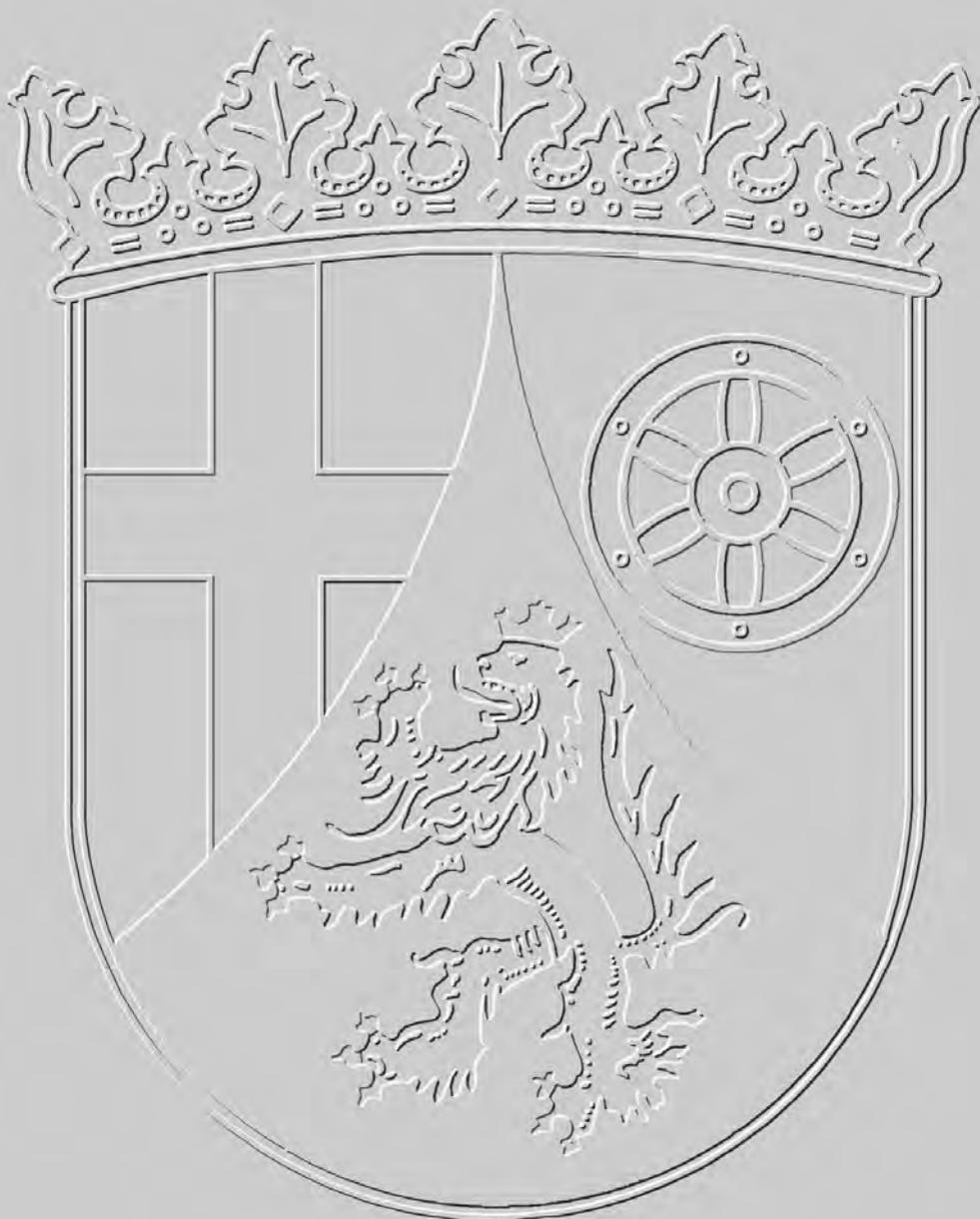
SCHWARZMÜLLER, Theo, GARTHE, Michael: Die Pfalz im 20. Jahrhundert, Ludwigshafen 1999

Sparkassen und Giroverband Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Rheinland-Pfalz Persönlich. Erinnerungen und Begegnungen, Mainz 1987.

SÜSS, Gustav Adolf, ENGELHARDT, Klaus: 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Handreichung für Geschichte und Sozialkunde, Mainz o. J.

WÜNSCHEL, Hans-Jürgen (Hrsg.): Rheinland-Pfalz. Beiträge zur Geschichte eines neuen Landes, Landau 1997. Darin: Helmut MATHY, Rheinland-Pfalz entsteht, S. 15-34.

ZIEGLER, Hannes (Hrsg.): Politiker in Rheinland-Pfalz: Unsere Ministerpräsidenten, Annweiler o. J. (2002)



Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz



Am Kronberger Hof 6 · 55116 Mainz
Tel.: 0 61 31 - 16 29 70 · Fax: 0 61 31 - 16 29 80
E-Mail: lpb.zentrale@politische-bildung-rlp.de
homepage: www.politische-bildung-rlp.de

Landeszentrale für
Politische Bildung
LPB
Rheinland - Pfalz